

39. Sitzung

**am Dienstag, dem 5. April 2005, 15.00 Uhr
in München**

Geschäftliches 2830

Nachruf auf den am 2. April 2005 verstorbenen
Papst Johannes Paul II. 2830

Nachruf auf die ehemaligen Abgeordneten Staats-
minister a. D. **Alfred Dick** und **Heinrich Eiber** 2830

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten
Reinhold Bocklet und **Herbert Rubenbauer** 2831

Erklärung gem. § 177 Absatz 1 GeschO des
Staatsministers für Umwelt, Gesundheit und Ver-
braucherschutz zum Thema
„**Maßnahmenpaket zur Luftreinhaltung**“

Staatsminister
Dr. Werner Schnappauf 2831, 2843, 2845
Ludwig Wörner (SPD) 2833
Johannes Hintersberger (CSU) 2837
Ruth Paulig (GRÜNE) 2838, 2845
Herbert Müller (SPD) 2842

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der
CSU-Fraktion

„**Schluss mit über fünf Millionen Arbeitslosen in
Deutschland! – Vorfahrt für Arbeitsplätze durch
Perspektiven für Wachstum.**“

Dr. Otmar Bernhard (CSU) 2846
Dr. Hildegard Kronawitter (SPD) 2848
Eike Hallitzky (GRÜNE) 2848
Joachim Unterländer (CSU) 2851
Joachim Wahnschaffe (SPD) 2852
Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU) ... 2853
Dr. Thomas Beyer (SPD) 2854
Renate Dodell (CSU) 2855
Christa Steiger (SPD) 2856
Franz Josef Pschierer (CSU) 2857
Dr. Heinz Kaiser (SPD) 2858
Staatsministerin Christa Stewens 2859

Schluss der Sitzung 2860

(Beginn: 15.07 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 39. Vollsitzung. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie ist wie immer erteilt worden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vorab möchte ich eine Veränderung bekannt geben, die den Ablauf der Plenarsitzung von morgen, Mittwoch, den 6. April, betrifft. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass wir das Plenum – statt wie ursprünglich beschlossen um 18.00 Uhr – bereits um 17.00 Uhr beenden werden. Damit ist allen die Möglichkeit gegeben, rechtzeitig zum Beginn des Requiems für den verstorbenen Papst Johannes Paul II. um 18.00 Uhr im Dom zu sein.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Reaktionen auf das Leiden und Sterben von Papst Johannes Paul II. bei uns in Bayern und in der ganzen Welt haben deutlich gemacht: Nicht nur die Katholiken trauern um ihr kirchliches Oberhaupt. Über Grenzen von Religionen, Kulturen, politischen Systemen und Kontinenten hinweg bekunden Zigmillionen von Menschen ihre Trauer, ihren Respekt und ihre Dankbarkeit. In den politischen Hauptstädten der Welt wurde das politische Wirken des Papstes gewürdigt, in West und Ost, in Nord und Süd.

Unabhängig von ihren eigenen religiösen Überzeugungen, ihrer Einstellung zur katholischen Kirche und zum Papsttum kommen viele Menschen zu dem Ergebnis: Dieser Mann war mit seinem Wirken, seiner Persönlichkeit für uns wichtig.

Die historischen Verdienste des Papstes aus Polen für den Wandel im früheren Ostblock wurden in diesen Tagen vielfach gewürdigt. Wir alle können dafür nur dankbar sein.

Ob gelegen oder ungelegen, in Ländern der Armut und der Diktatur, wie ebenso in den Wohlstandsländern hat er sich für die Rechte der Armen eingesetzt. Wo Menschenrechte gefährdet waren oder verletzt wurden, hat er allen unmissverständlich ins Gewissen geredet. Ein Leitbild seines Wirkens war die Würde des Menschen. Diese zu schützen und zu verteidigen, war eines seiner zentralen Anliegen.

Papst Johannes Paul II. war unbeugsam gegen sich selbst und unbeugsam in seinen Überzeugungen auch gegenüber anderen. Damit war er vielen Orientierung, ebenso aber auch Herausforderung, ja sogar Provokation in der modernen Welt.

Aber auch Menschen, die seine Überzeugungen nicht teilten, auch Gegner seiner Positionen, sind von der Glaubwürdigkeit der Person, der Einheit von Wort und eigenem Leben beeindruckt. Darin hat auch die besondere Anziehungskraft auf viele junge Menschen ihre Quelle.

Der Bayerische Landtag gedenkt in Respekt und Dankbarkeit des Verstorbenen.

Ich darf Sie nun bitten, zweier ehemaliger Kollegen zu gedenken.

Am 7. März wurde Herr Staatsminister a. D. Alfred Dick jäh aus dem Leben gerissen. Er starb im Alter von 77 Jahren in seiner Heimatstadt Straubing an den Folgen eines schweren Herzversagens, während er in einer Stadtratsitzung das Wort hatte. Alfred Dick gehörte dem Bayerischen Landtag von 1962 bis 1994 an.

Er vertrat für die Fraktion der CSU den Stimmkreis Straubing – Stadt und Land/Bogen.

Alfred Dick war wesentlich durch seine Erfahrungen in der Kriegszeit geprägt. Als junger Mensch war er stark geprägt durch sein Engagement in der Katholischen Jugend.

Seine politischen Wurzeln hatte Alfred Dick in der Kommunalpolitik. Die dabei gesammelten Erfahrungen brachte er in seine parlamentarische Arbeit als Abgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen ein.

Als 1970 in Bayern das weltweit erste Umweltministerium gegründet wurde, berief ihn Ministerpräsident Alfons Goppel zum Staatssekretär. 1977 übernahm er das Amt des Ressortchefs, wobei er in einer Zeit heftiger Auseinandersetzungen in der Umweltpolitik Ressortminister war. Als Stichworte nenne ich nur: Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, das Waldsterben, die grenzüberschreitenden Umweltverschmutzungen an der Grenze zur damaligen Tschechoslowakei. Es ging aber auch um zukunftsorientierte Fragen der Landesentwicklung, der Raumplanung und der demographischen Entwicklung.

Alfred Dick handelte aus Überzeugung und um der Sache willen. 1994 nahm er Abschied von der aktiven Landespolitik und widmete sich erneut und bis zuletzt den Aufgaben im Stadtrat von Straubing. Er blieb ein engagierter Anwalt seiner niederbayerischen Heimat.

Am 20. März verstarb im Alter von 89 Jahren Herr Heinrich Eiber. Er gehörte dem Landtag von November 1954 bis November 1966 an und vertrat für die Fraktion der CSU den Stimmkreis Cham – Waldmünchen – Neunburg vorm Wald. Heinrich Eiber war Mitglied in mehreren Ausschüssen, zuletzt im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und im Ausschuss für Grenzlandfragen.

Der Landwirt Heinrich Eiber war auch Kommunalpolitiker. Er war ein Vorreiter in der Entwicklung des ländlichen Raums, und zwar in der Zeit der Umbrüche in den Sechzigerjahren. Er war Bezirkspräsident des Bauernverbandes und Landes- und Kommunalpolitiker.

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, der Bayerische Landtag wird dem verstorbenen Papst und den beiden verstorbenen ehemaligen Kollegen ein ehrendes Gedenken bewahren.

Sie haben sich zu Ehren der Toten erhoben. Ich danke Ihnen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich zwei Gratulationen aussprechen.

Herr Kollege Reinhold Bocklet feiert heute seinen Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall)

Ebenso feiert heute Kollege Herbert Rubenbauer seinen Geburtstag. Ich gratuliere herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir treten damit in die Tagesordnung ein. Es gibt eine Veränderung im Ablauf. Der Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz hat gebeten, ihm zu Beginn der heutigen Sitzung Gelegenheit zur Abgabe einer Erklärung nach § 177 Absatz 1 der Geschäftsordnung zum Thema „**Maßnahmenpaket zur Luftreinhaltung**“ zu geben.

Der Herr Staatsminister hat das Wort.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich habe um das Wort zur Abgabe dieser Erklärung aus aktuellem Anlass gebeten, nachdem in den letzten Tagen die Diskussion um die Feinstaubwerte in unserem Land kräftig geführt worden ist und das Kabinett heute dazu ein weit reichendes Maßnahmenpaket zur Reduzierung der Feinstaubbelastung geschnürt hat. Diese Situation möchte ich vor dem Parlament ansprechen und das Maßnahmenbündel vorstellen.

Wir setzen alles daran, im Interesse der Gesundheitsvorsorge und des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung die neuen, strengen, ehrgeizigen EU-Feinstaubgrenzwerte an allen Stellen in Bayern einzuhalten. Wir haben in den letzten Jahren dazu die notwendigen Vorbereitungen getroffen. Das landesweite lufthygienische Messnetz ist entsprechend ausgebaut worden. Wir erfassen heute an 55 vollautomatischen Messstationen die Feinstaubbelastung im Freistaat Bayern. Drei weitere Verkehrs-Messstationen kommen noch hinzu. Darüber hinaus verfügen wir über fünf Messwägen.

Wir messen ehrlich, das heißt auch an den Stellen, wo die denkbar höchsten Belastungen auftreten können. Dies steht ganz im Gegensatz zu anderen Ländern wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, wo in der Zuständigkeit der grünen Umweltministerin Bärbel Höhn bis heute an den Verkehrsknotenpunkten, zum Beispiel in der Millionenstadt Köln, nicht eine einzige verkehrsnahen Messstation aufgebaut wurde.

(Zuruf von der CSU: Hört! Hört!)

Bayern misst ehrlich und kommuniziert offen, weil wir die Situation exakt erfassen und daraus die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen wollen. Das Kabinett hat heute auf Basis der Messergebnisse und der bereits aufgestellten Luftreinhalte- und Aktionspläne, die im vergangenen Jahr 2004 vorgelegt worden sind, die Initiative ergriffen. Wir haben für Bayern bereits zehn Pläne vorgelegt, während Nordrhein-Westfalen, ein Land mit noch mehr Bevöl-

kerung und noch mehr Verkehr, gerade einmal drei Pläne vorgelegt hat. Das bedeutet, alles, was in Sachen Messen und Luftreinhaltung in die Zuständigkeit der Länder fällt, ist von Bayern getan worden.

Die Ursache der erhöhten Belastungen ist vielfältiger Art. Es kommen viele Einflussfaktoren zusammen. Da spielen die Meteorologie, zum Beispiel das Wetter, die Inversionswetterlage etc. eine wichtige Rolle.

Summarisch gesagt sind etwa ein Viertel der Belastungen lokal verkehrsbedingt. Ein weiteres Viertel der Belastungen kommt von Industrie, Gewerbe, Hausbrand und Verkehr im Umfeld der Messpunkte.

Etwa die Hälfte der Belastungen – zum Teil, je nach Messstation, auch deutlich mehr als die Hälfte – kommt aus dem größeren Umfeld der Ballungsräume, also aus den Stadtumlandgemeinden.

Allein schon diese Quellenzusammensetzung bei den Feinstäuben zeigt, dass dieses Thema nicht mit Einzelmaßnahmen, mit Aktionismus angegangen werden kann, sondern die Quellen der Feinstäube bestätigen, dass nur eine ganzheitliche Herangehensweise Erfolg versprechend ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den vergangenen Jahren mit unserer bayerischen Umweltpolitik vielfältigste Erfolge erzielen können. Wir haben es geschafft, die Schwefeldioxidbelastung um 90 % und die Gesamtstaubbelastung um 80 % zu reduzieren – alles mit der gleichen Strategie, nämlich umfassend anzusetzen und konsequent an der Quelle den Ausstoß der Schadstoffe zu verringern.

Mit der gleichen Strategie wollen wir auch in Sachen Feinstaub vorgehen. Das heißt also, überall dort, wo Feinstäube freigesetzt werden, ob beim Verkehr, ob bei den Hausheizungen, ob bei Industrie, Gewerbe oder wo auch immer, werden wir eine konsequente und zügige Reduktionsstrategie verfolgen, um damit an der Quelle die Emission, die Freisetzung der Feinstäube zu verhindern. Aus diesem Grunde haben wir heute im Kabinett sechs Schwerpunktmaßnahmen beschlossen.

Die erste Maßnahme betrifft die Diesel-Pkws. Hier wollen wir einen steuerlichen Anreiz, der aufkommensneutral gestaltet wird. Das heißt, der Freistaat Bayern fordert die Bundesregierung auf, jetzt endlich tätig zu werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aufforderungen von zwei Umweltministerkonferenzen reichen zurück bis in das Jahr 2001. Der Bundesrat hat im Jahr 2004 in einer Entschließung gefordert, die Bundesregierung möge endlich ein aufkommensneutrales steuerliches Anreizprogramm vorlegen, um dem sauberen Diesel-Pkw zum Durchbruch zu verhelfen. Die Technologien mit dem Dieselpartikelfilter sind verfügbar. Aber bis heute hat die Bundesregierung kein Konzept für ein aufkommensneutrales Förderprogramm vorgelegt. Im Gegenteil, Bundeskanzler Gerhard Schröder hat noch beim Autogipfel im Juni vergangenen Jahres erklärt, dass dies die falsche Maßnahme sei. Das ist eine Erklärung dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, warum wir heute dort stehen, wo wir stehen. Der Bundeskanzler hat noch vor einem Dreivierteljahr dem

Dieselpartikelfilter und einem steuerlichen Anreizprogramm eine klare Absage erteilt. Damit hat der Autokanzler einmal mehr aufs falsche Pferd gesetzt. Die Bundesregierung hat es versäumt, rechtzeitig ein steuerliches Anreizprogramm vorzulegen, um dem sauberen Diesel-Pkw in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen. Ein klares Versagen der Bundesregierung.

(Beifall bei der CSU)

Das Gleiche gilt für den Lkw. Bis heute ist nicht ein einziger aktueller Vorschlag auf dem Tisch, wie dem sauberen Lkw zum Durchbruch verholfen werden könnte. Bayern schlägt vor, die Lkw-Maut noch stärker zu spreizen, um damit den Anreiz, auf saubere Lkws zu setzen, noch weiter zu vergrößern. Damit sich ein sauberes Fahrzeug, ein sauberer Lastwagen schnellstmöglich rechnet, sollte durch eine Spreizung der Lkw-Maut ein Anreiz für Speditoren, für alle Lkw-Betreiber geschaffen werden, zumal die neuen Technologien, z. B. neue Lkw-Katalysatoren auch noch Sprit sparen helfen. In einem Modellversuch, den der Freistaat Bayern mit über 1 Millionen Euro gefördert hat, konnte in einem Flottenversuch nachgewiesen werden, dass der neue Lkw-Katalysator nicht nur die Feinstäube reduziert, nicht nur die Stickoxide reduziert, sondern auch den Spritverbrauch um 6 % senkt, sodass mit weniger Sprit und mit weniger Lkw-Maut ein echter Anreiz zu schaffen ist, um die sauberen Lkws schnellstmöglich auf die Straße zu bringen.

Ein dritter Punkt: Der Freistaat Bayern will mit gutem Beispiel vorangehen. Wir haben heute im Ministerrat beschlossen, dass alle Ministerien und alle Behörden in Bayern nur noch Fahrzeuge mit Rußpartikelfiltern beschaffen sollen. Bestehende Leasing-Verträge sollen schnellstmöglich umgestellt werden. Darüber hinaus gibt es vonseiten des Bayerischen Wirtschaftsministeriums eine Förderung für Dieselpartikelfilter für den ÖPNV bzw. für die Umstellung auf Erdgas, sodass der Freistaat hier schnellstmöglich mit gutem Beispiel vorangeht.

Aber wir fordern auch die Kommunen auf, jetzt nicht zu warten, auch wenn sie den 35-er Grenzwert Europas noch nicht erreicht haben, sondern diesen Vorbildmaßnahmen des Freistaates zu folgen und ebenfalls zum Beispiel im ÖPNV Maßnahmen zur Feinstaubreduzierung einzuleiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade an dem Beispiel München zeigt sich, dass ein Teil der Probleme auch hausgemacht ist. Man kann nicht über Jahre hinweg eine Politik machen, die den Verkehr behindert, und sich dann wundern, dass durch den Verkehr verstärkt Emissionen freigesetzt werden.

(Franz Maget (SPD): So ein Blödsinn!)

Die rot-grüne Stadtregierung hat über die Jahre hinweg – Stichwort kreuzungsfreier Ausbau des Mittleren Rings, Stichwort Südring und vieles andere mehr – alles getan, um den Verkehrsfluss in der Stadt zu behindern.

(Franz Maget (SPD): Landshuter Allee, da ist es am schlimmsten!)

Jeder vernünftige Mensch weiß doch, dass mit dem ständigen Stop and go immer mehr Emissionen freigesetzt werden.

(Zurufe von der SPD)

Einen Teil der Probleme, Herr Maget, haben Sie in München hausgemacht.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): So ein Schmarrn!)

Zum nächsten Beschluss des Kabinetts: Wir haben heute den Kommunen grünes Licht für verkehrsleitende Maßnahmen im Stadtgebiet gegeben. Schließlich hängen verkehrsleitende Maßnahmen von den örtlichen Gegebenheiten ab. Das ist in jeder Stadt anders. Einige Städte haben auch bereits gehandelt. Der Oberbürgermeister von Düsseldorf hat verkehrsbeschränkende Maßnahmen, gestützt auf die Straßenverkehrsordnung, für Lkws in einem Straßenzug angeordnet. Die Landeshauptstadt München hat sich bislang mehr oder weniger damit begnügt, Pressekonferenzen zu geben und Forderungen an andere zu stellen.

(Franz Maget (SPD): Die Münchner Vorschläge hat die Regierung von Oberbayern doch abgelehnt!)

Wir haben heute noch einmal klargestellt, dass die Kommunen gestützt auf den § 45 der Straßenverkehrsordnung selbst verkehrsleitende Maßnahmen anordnen können, um damit zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm und Abgasen, wie es in der Straßenverkehrsordnung heißt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Unabhängig davon werden die Luftreinhalte- und Aktionspläne fortgeschrieben. Auch dort werden entsprechende verkehrsleitende Maßnahmen Eingang finden. Das betrifft zum Beispiel die Diskussion über so genannte Umweltzonen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch hier hat der Ministerrat klargestellt, dass wir von der Bundesregierung erwarten, dass sie eine Kennzeichnungsverordnung vorlegt, die die Voraussetzung dafür ist, um sauberen Verkehr von dem noch nicht mit Rußpartikelfiltern ausgestatteten Verkehr zu unterscheiden. Das gilt insbesondere für die Lkws. Es hätte neben der Mautspreizung eine zusätzliche Lenkungswirkung, wenn in ganz bestimmte Zonen nur saubere Fahrzeuge hineinfahren könnten, sodass die vielen Dienstleister, die in die Kernstädte Deutschlands und Europa fahren, damit auch einen zusätzlichen Anreiz haben, schnellstmöglich auf saubere Fahrzeuge umzustellen.

Darüber hinaus erwarten wir, dass auch in den anderen Ländern ehrlich gemessen und offen kommuniziert wird. Es kann nicht sein, dass sich am Ende ausschließlich diejenigen mit diesem Thema befassen, die ehrlich messen und offen darüber reden, während die anderen das Thema hinter dem Berg halten oder versuchen, es unter den Teppich zu kehren.

Es ist schon ein geradezu einmaliges Ereignis, dass ausgerechnet die grüne Umweltministerin in Nordrhein-Westfalen bis heute nicht an einem einzigen Verkehrsknoten-

punkt eine Messstation errichtet hat und dass die Luftreinhaltepläne nur zu einem Bruchteil vorliegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb muss insgesamt fair gemessen und offen darüber kommuniziert werden, damit wir eine Gesamtstrategie verfolgen können. Denn nur wer die Messergebnisse kennt, wer die Ursachen zuordnen kann, kann auch die darauf gestützten Maßnahmen ergreifen.

Bayern hat sich analog dem Vorgehen bei anderen Belastungen auch in Bezug auf den Feinstaub zu einer Gesamtstrategie entschlossen. Wir wollen die Feinstaubemissionen in einer umfassenden Strategie konsequent verringern. Wir werden deshalb in Kürze dem Minister für die Bereiche Hausbrand, Industrie und Gewerbe ein Konzept vorlegen und unseren Bürgerinnen und Bürgern ein Verbraucherinformationsangebot unterbreiten, wie jeder einzelne helfen kann, den Feinstaub zu reduzieren, um die Belastung in den Griff zu bekommen. Es hilft hier weder kurzfristiger Aktionismus noch Polemik. Auch den Ball ständig an andere weiterzuspielen, macht keinen Sinn. Wir haben durch unsere Vorbildmaßnahmen im eigenen Fuhrpark ein Zeichen gesetzt, und wir erwarten, dass es auch bei Kommunen und anderen öffentlichen Stellen Schule macht. Aber auch die Privatwirtschaft sollte nicht bis zum letzten Zeitpunkt warten, um erst dann zu handeln. Wir haben heute schon neue Grenzwerte für Industrie und Gewerbe. Die Staubgrenzwerte sind von 50 auf 20 Milligramm heruntergesetzt; es besteht noch eine Übergangszeit bis Oktober 2007.

Ich appelliere von dieser Stelle aus an die Unternehmen, zu helfen, diese neuen, schärferen Grenzwerte schnellstmöglich zu erreichen. Was den Betrieb von Lkws angeht, rechnet es sich für die Unternehmen. Sie sollten im Interesse eines Miteinanders von Ökonomie und Ökologie auf neue verfügbare Technologien setzen, um einen Beitrag dazu zu leisten, das Thema Feinstaub schnellstmöglich unter die neuen Grenzwerte zu drücken. Das Thema Feinstaub eignet sich nicht, um sich letzten Endes in Aktionismus zu ergen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Aber es ist sehr wohl dafür geeignet, im Interesse der Gesundheitsvorsorge für unsere Bürger eine konsequente Reduktionsstrategie zu verfolgen.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): War das alles? – Zuruf von der SPD: Das war nicht einmal Feinstaub!)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt zwischen den Fraktionen keine Redezeitvereinbarung. Damit sind die Gesamtredzeit und die Anzahl der Redner nicht begrenzt. Jeder darf nach der Geschäftsordnung 15 Minuten sprechen, es sei denn, es wird für den ersten Redner anderes reklamiert. Ich gebe einen Überblick über die gegenwärtig gemeldeten Redner: Kollegen Wörner und Hintersberger, Kollegin Paulig, Kollegen Meißner und Herbert Müller. Das Wort hat Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Dr. Schnappauf, da war fast der Nebelwurf noch dichter als jetzt die Stellungnahme zum Staub. Ich kann verstehen, dass man, wenn man zwischen dem Finanz- und dem Wirtschaftsminister eingeklemmt ist, nicht mehr sagen darf, was man gerne tun würde, und dass dann so etwas herauskommt, was Sie gerade verkündet haben. Glauben Sie ernsthaft, dass dies Menschen weiterhilft? Glauben Sie ernsthaft, dass das, was ich in den letzten Tagen als 10-Punkte-Programm vorgeschlagen habe, Aktionismus ist? Was machen dann Sie?

Herr Minister, ich darf Folgendes vorlesen:

Verbesserung Abgastechnik an Pkw bei leichten und schweren Nutzfahrzeugen; Abnahme der partikelförmigen Emissionen um circa 40 % bis 2005; Einsatz besonders emissionsarmer Fahrzeuge, zum Beispiel beim ÖPNV, bei kommunalen Dienstleistern und Taxis; verkehrslenkende und verkehrsberuhigende Maßnahmen; Verstärkung des Verkehrs statt Logistikzentren; gegebenenfalls lokale Verkehrsbeschränkungen oder Fahrverbote bei Überschreitungen der Emissionswerte; Verbesserung der Kraftstoffe; weitere Reduzierung des Schwefelgehalts in Kraftstoffen; Verringerung des Reifenabriebs durch Einsatz abriebsarmer und kraftstoffsparender Reifen; Reduzierung des Aufwirbelns von Stäuben bei Transport staubender Güter im Bereich von Bauustellen; steuerliche Maßnahmen, Schwerlastverkehrsabgabe.

Des Weiteren heißt es:

Durch gezielten Einsatz dieser Maßnahmen können die Emissionsbelastungen durch Feinstäube deutlich unter gesundheitsrelevante Konzentrationen gebracht werden.

Herr Minister, das ist nicht der Horrorkatalog des Ludwig Wörner der SPD-Fraktion oder irgendwelcher anderer, sondern es ist die Stellungnahme Ihres Hauses aus dem Jahre 2002. Welche dieser Maßnahmen haben Sie im Interesse der Gesundheit der Menschen in Bayern umgesetzt? Keine. Sie stehen vor dem Scherbenhaufen Ihrer eigenen Politik.

(Franz Maget (SPD): Untätigkeit!)

Herr Minister, noch einmal: Als ich vor Ostern hier gesagt habe, eigentlich müssten Sie zurücktreten, weil Sie Ihren Amtseid gebrochen hätten, war das alles bekannt. Sie haben in dieser Frage, ebenso wie in vielen anderen Fragen, versagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich werfe Ihnen das nicht persönlich vor. Wir wissen nämlich, dass Sie nicht so dürfen, wie Sie möglicherweise sogar wollen. Sie haben vom Finanzminister eine auf den Deckel gekriegt. Sie haben sinnigerweise Trittin aufgefordert, endlich Partikelfilter ins Rennen zu schicken. Zwei Tage später hat Ihnen dann Finanzminister Prof. Dr. Faltl-

hauser erklärt, welchen Unsinn Sie reden, denn die Maßnahme wäre aus seiner Kasse finanziert worden. Dann sind Sie zurückgerudert.

Herr Minister, was ist „Aktionismus“, wenn Ihr Pressesprecher in Ihrem Auftrag noch am Ostermontag erklärt, der Saharastaub sei schuld? Ich finde, wenn ich mag, noch einen größeren Unfug.

(Zuruf von der CSU)

Auf so etwas sollte man sich nicht einlassen, wenn Sie über Aktionismus und Menschen reden; denn es geht hier um Menschen und ihre Gesundheit. Was mich immer wundert, ist die zusammenhanglose Politik, die in diesem Haus betrieben wird; da verweist man immer auf andere Bundesländer, weil man selber keine Hausaufgaben macht. Herr Minister, aber es gibt immer den Zusammenhang zwischen Lohnnebenkosten und Bronchialerkrankungen.

(Zuruf von der CSU: Würden Sie den erklären?)

– Das ist ganz klar. Es wundert mich, dass Sie als Umweltpolitiker diesen Zusammenhang nicht kennen.

(Zuruf von der CSU)

– Das mache ich gerne. Es gibt eine Anfrage von mir, in der festgestellt wird, wo in Bayern die Bronchialerkrankungen mit am häufigsten sind, und sinnigerweise besteht zwischen Feinstaub und Bronchialerkrankungen ein Zusammenhang.

(Zurufe von der CSU)

Ich wünsche Ihnen nicht, dass Sie einmal Asthma haben werden. Aber vielleicht braucht man dieses Gefühl, um zu begreifen, welche Ängste solche Menschen, vor allem, wenn es Kinder sind, haben. Ich wünsche Ihnen wahrlich nicht, dass Sie ein Kind sehen müssen, das einen Asthmaanfall hat, denn sonst würden Sie jetzt einen solchen Unfug nicht versuchen.

(Zuruf von der CSU)

Zum Zusammenhang mit den Lohnnebenkosten: Die Gesundheitskosten sind Lohnnebenkosten, weil sie die Krankenkassen verlangen. Mit diesem Bruch der Feinstaubgeschichte verursachen wir höhere Lohnnebenkosten. Allein aus diesem Grund müssen wir – unabhängig von allen anderen Aspekten, auch vom menschlichen Leid – dafür Sorge tragen, dass eine Regelung nicht erst dann umgesetzt wird, wenn sie in Kraft tritt, sondern längst zuvor.

Herr Minister Dr. Schnappauf, jetzt sind wir bei einem so kleinen Ablauf. Seit 1994 wird diese Richtlinie in Brüssel diskutiert. 1996, also noch unter der unionsgeführten Bundesregierung, wurde diese Richtlinie mehr oder weniger in ein Papier gepackt. Dabei wurde sie bereits auf Betreiben der damaligen Bundesregierung verschlechtert. Die Weltgesundheitsorganisation hat nämlich für den Fall der Feinstaubüberschreitung im Jahresmittel maximal 15 Tage vorgeschlagen. Die damalige Bundesregierung

hat mit dafür gesorgt, dass es – wider besseres Wissen gegen die Gesundheit von Menschen – 35 Tage wurden. Seit 1999 haben wir diese Richtlinie. Seit 1999 ist die Umsetzung Ihnen und allen anderen bekannt. 2002 haben Sie noch getönt – ich habe daraus zitiert –, Sie bekämen das locker in den Griff.

Gemäß dem Papier aus Ihrem Hause haben Sie den Münchnerinnen und Münchnern sogar versprochen, dass die Grenzwerte zwar im Jahr 2002 noch überschritten, aber im Jahr 2005 eingehalten werden. Das steht in Ihrem Papier; das können Sie im Internet nachlesen. Sie haben dieses Versprechen wie so viele gebrochen. Sie haben dieses Versprechen nicht eingehalten. Vor diesem Hintergrund stellt sich schon die Frage, warum Sie die Schuld anderen Ländern zuweisen. Glauben Sie, dass einen Münchner, einen Weidener oder einen Passauer interessiert, was in Düsseldorf oder Dortmund passiert? – Nein, Herr Minister, die Leute hier interessiert, was bei uns vorgeht.

Ich muss mit einem Unfug aufräumen, der offensichtlich nicht aus Ihrem Kopf geht, was vielleicht auch damit zusammenhängt, dass Sie München nicht so gut kennen. Der erste Punkt ist, dass München eine der ersten Städte war, die auf Betreiben von Rot-Grün in ihre Busse Rußfilter eingebaut haben. Das war damals allen voran die Firma Neoplan, die man hier ruhig nennen kann. Es war außerdem auf Druck der Konkurrenz die Firma MAN. Danach ist Daimler-Benz gekommen. Die Programme sind teilweise vom Wirtschaftsminister gefördert worden. Allerdings hat niemand überprüft – Sie können das in meiner Anfrage nachlesen, nachdem ich mich mit dem Thema im Gegensatz zu Ihnen schon lange beschäftige –, was aus den Filtern geworden ist, ob sie dauernd in Betrieb sind und wie sie nach zehn Jahren funktionieren. Es ist Ihre Politik, Ankündigungen zu machen, Spatzendreck liegen zu lassen, sich Neuem zuzuwenden und die Hausaufgaben nicht zu erledigen.

Herr Minister, die Sache ging weiter. Sie haben 2002, als das Thema Feinstaub in der Länderkammer auf der Tagesordnung stand, die Beschlüsse mit abgenickt. Sie haben Herrn Trittin nicht gesagt, er muss, soll oder darf, sondern Sie haben alles mit abgenickt. Wenn Sie sich also heute hierher stellen und sagen, Sie hätten etwas getan, ist das falsch. Vielleicht sollten Sie einmal die Protokolle nachlesen. Sie haben nichts dazu gesagt, auch nicht im Jahr 2004. Damals stand das Thema nämlich noch einmal auf der Tagesordnung der Umweltminister in der Länderkammer. Sie haben auch damals nichts gesagt.

Herr Minister, Sie beten gesund, aber Sie ergreifen keine echten, nachvollziehbaren und wirksamen Maßnahmen, sonst wäre nämlich das eingetreten, was Sie 2002 in Ihrem Papier versprochen haben, dass nämlich 2005 nicht nur in München, sondern auch in anderen Ballungsräumen die Feinstaubgrenzen eingehalten werden. Ich wiederhole es noch einmal, auch wenn es Ihnen unangenehm sein sollte: Sie haben in dieser Frage schlicht versagt.

(Beifall bei der SPD)

Zu dem, was Sie heute vorlegen, kann ich nur sagen, ich kann zwar verstehen, dass man in seiner Not wider-

sprüchlich handelt, aber man soll es nicht übertreiben. Ausgerechnet dieses Kabinett, dessen Minister nach dem Subventionsabbau geradezu grölen, weil Subventionen des Teufels sind, fordert jetzt eine Subvention für den Rußfilter und beschimpft den Kanzler, weil er dagegen war. Das müssen Sie mir schon erklären, wie Sie diese Kurve kriegen. Darauf bin ich gespannt. Das kann es wohl nicht sein, dass man Politik auf Zuruf je nach Situation betreibt.

Ich komme zu einem zweiten Punkt. Herr Minister, die Mautspreizung, die Sie heute fordern, gibt es bereits. Sie fordern eine stärkere Spreizung der Maut. Was für einen Spagat wollen Sie denn noch machen? – Dann sind wir wieder bei der Subvention. Wäre es nicht angebracht, der Wirtschaft wie in Kalifornien zu sagen, wir fordern dies und jenes, und wenn es Ihnen nicht passt, können Sie uns nicht mehr beliefern? Wäre das nicht die Aufgabe der Politik? – Aber bei uns wird immer erst gefragt: Was dürfen wir denn? Dann wundern wir uns, wenn es schief geht. Bei diesem Thema nehme ich die Politiker insgesamt nicht ganz aus.

Ich persönlich halte die Spreizung der Maut für einen Irrweg. Allerdings hat mich in diesem Zusammenhang gefreut, dass Sie den Vorschlag der SPD aufgegriffen haben, den Autobahnnordring von der Maut auszunehmen, wie auch andere große Städte in Europa ihre Ringstraßen von der Maut ausnehmen. Sie sagen jedoch leider nicht, wer für den Ausfall der Maut aufkommen soll. Ich beziehe mich auf die Zeitung von gestern, in der Sie, Herr Minister, ein Interview gegeben haben. Sie haben gesagt, man könnte darüber nachdenken, für den Autobahnnordring keine Maut zu verlangen. Wir begrüßen das. Das würde nämlich den Mautschleichverkehr in München reduzieren, wobei man nicht zu große Hoffnungen auf diese Maßnahme setzen sollte.

Herr Minister, Sie zitieren die Umweltminister anderer Länder, die die Vorschrift des § 45 der Straßenverkehrsordnung nutzen. Dazu möchte ich Ihnen zwei Dinge sagen. Sie wissen selbst, die Vorschrift gilt nur für kleinräumige Sperren. Diese führen zu Verlagerungen, was bedeutet, der Fahrer fährt nicht mehr direkt in die Stadt, sondern auf Schleichwegen. Wollen Sie ernsthaft, dass man mit Dieselfahrzeugen und Lkws nicht mehr auf den Hauptverkehrsstraßen in die Stadt fährt, sondern auf Nebenstraßen in den Wohngebieten? Ist das ernsthaft Ihr Anliegen? – Das kann ich nicht glauben. Ich muss es aber zur Kenntnis nehmen. Denn warum würden Sie sonst diese Forderung stellen?

Herr Minister, Sie behaupten, die Vorschrift des § 45 der Straßenverkehrsordnung werde von München nicht genutzt. Warum denn nicht? – Weil die Regierung von Oberbayern dem Oberbürgermeister erklärt hat, das dürfe er nicht.

(Beifall bei der SPD)

Und warum sagt das die Regierung von Oberbayern? – Weil der Herr Innenminister erklärt, das macht er nicht mit, weil er nicht einmal genug Polizei dafür hätte. Das ist ein Ergebnis der Sparmaßnahmen. In diesem Punkt ist im

Übrigen Ihre Antwort auf meine Anfrage zu Feinstäuben geradezu erbärmlich.

Wir haben ein Gesetz, in dem steht, das Laufenlassen von Motoren ist mit Strafe bewehrt. Das gilt auch für Dieselmotoren. Ich empfehle Ihnen, stellen Sie sich einmal morgens um fünf oder um sechs Uhr an eine dieser Überlandbusstationen und sehen Sie sich an, was da passiert. Es wäre Aufgabe der Polizei, für das Abschalten der Motoren zu sorgen. Sie sagen, die Polizei kennt diese Stellen und kontrolliert sie. Ich erspare Ihnen die Nachfrage in Ihrem Hause, wie oft hier in den letzten zehn Jahren Strafen verhängt wurden. Sie werden nämlich nichts finden, da die Polizei nicht tätig wird, weil sie keine Zeit dafür hat.

Herr Minister, es wäre dringend geboten, auf diesem Gebiet Aktionen durchzuführen, wie man dies auch in anderen Verkehrsbereichen tut. Sie müssen eben versuchen, den Herrn Innenminister von der Sache zu überzeugen, damit er mitmacht. Dagegen hätten wir nichts. Im Gegenteil: Das wären die kleinen Maßnahmen, die uns allen nutzen. Wenn Sie sagen, das sind nur zwei oder drei Prozent, dann sage ich Ihnen, zwei oder drei Prozent sind auch schon etwas.

Herr Minister, Sie reden von Leasingverträgen für die Autos der Ministerien. Das ist doch schön. Guten Morgen, Herr Minister. Die Gefahren des Feinstaubes kennt man seit spätestens 1999. In einem Ihrer Berichte heißt es, seit 25 Jahren messen Sie vorwiegend an hoch belasteten Innenstadtstraßen. Seit 25 Jahren kennen Sie das Problem, aber Sie warten so lange, bis Sie die Bescheinigung dafür erhalten, dass der Feinstaub hochgiftig ist, was natürlich jeder gewusst hat. Im Jahr 2005 fällt Ihnen plötzlich ein, dass alle Ministerien – mit Ausnahme Ihres eigenen Hauses, das schon solche Fahrzeuge besitzt – nur noch Fahrzeuge beschaffen sollen, die einen Rußfilter haben.

Herr Minister, mit der Macht des Marktes, auf die die Staatsregierung doch schwört, hätten Sie die Industrie längst zwingen können, Autos mit Filtern zu liefern. Was glauben Sie, was passiert, wenn Sie sagen, Sie bestellen die nächsten zwei Jahre kein Fahrzeug mehr, wenn keine Rußfilter eingebaut sind? – Raten Sie einmal, wann der Rußfilter drin ist? – Am nächsten Tag.

Herr Minister, ich sage Ihnen, Ihr Vorschlag ist schön und gut, kommt aber zu spät. Das ist Aktionismus. Sie betreiben Aktionismus; wir mussten Sie erst aufwecken. Ansonsten hätten Sie nicht einmal dem Landtag Bericht erstattet. Im April 2004 hat der Landtag beschlossen, Sie mögen berichten.

Sie haben sich bei einem Thema, das brennend war, sechs Monate Zeit gelassen. Dieses Thema war damals schon brennend, weil jeder gewusst hat, dass das nicht einfach über Nacht geht. Sie haben sich sechs Monate Zeit gelassen, um dann ein Papier auf den Tisch zu legen, das einige richtige Maßnahmen beschreibt und das interessant ist. Allerdings sagen Sie nicht dazu, wie es finanziert werden soll. Das ist aber die entscheidende Frage.

Damit sind wir beim Thema. Herr Finanzminister Prof. Dr. Faltlhauser ist leider nicht da. Ich weiß nicht, was billiger ist: Sollten wir unsere Schlösser vom Ruß befreien

lassen und die Fassaden alle fünf Jahre erneuern, oder sollten wir Rußfilter in die Kraftfahrzeuge einbauen? – Wir sollten die Maßnahmen, die Feinstäube verhindern, frühzeitig ergreifen. Herr Minister, für mich stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit die Gewerbeaufsicht überhaupt noch genau hinsehen darf. Lassen Sie sich einmal von der Gewerbeaufsicht berichten, wo sie in letzter Zeit noch gründlich kontrolliert hat, was sie dabei festgestellt hat und wie viele Bußgelder verhängt wurden. Dann werden Sie feststellen, dass auch dort nichts mehr geschieht. Das ist der Sparwahn, dem Sie hier zum Opfer fallen.

– Herr Minister, ich gebe Ihnen Recht: Wir hätten die Instrumente. Sie werden aber nicht genutzt oder sie werden nur sehr zögerlich genutzt. Offensichtlich werden sie auch mit einer Portion Feigheit angewendet. Wir halten es deshalb für dringend geboten, im Interesse der Menschen und deren Gesundheit – ohne Aktionismus – neue Maßnahmen zu ergreifen. Von den Punkten, die in unserem Dringlichkeitsantrag enthalten sind, könnten einige sofort umgesetzt werden.

(Christian Meißner (CSU): Sie wissen aber schon, was da drinsteht!)

– Wir drohen zumindest den Verbänden nicht an, dass wir ihnen das Geld wegnehmen, wie Sie das tun.

(Christian Meißner (CSU): Das machen wir am Donnerstag!)

Herr Minister, Sie könnten sofort – gemeinsam mit den Kommunen – Taxis in Städten nur noch zulassen, wenn sie einen Gasantrieb haben. Davon hält Sie niemand ab. Das könnten Sie mit den Kommunen gemeinsam regeln.

Sie haben von verkehrslenkenden Maßnahmen gesprochen. Die Stadt München hat das „MOBINET“ geschaffen. Das bringt aber nichts. Diese Maßnahme ist hilfreich, weil sonst ein noch größerer Anstieg zu verzeichnen wäre. Insofern war das eine gute Leistung der Stadt München.

Wir müssen allerdings feststellen, dass wir den ÖPNV ein Stück weit zurücknehmen müssen, weil aus dem Wirtschaftsministerium keine Gelder für den Ausbau des ÖPNV kommen. Die stecken Sie lieber in den Transrapid. Davon haben wir mehr. Das Ding kostet 2,6 Milliarden Euro. Damit könnten wir in ganz Bayern den Nahverkehr so ausbauen, dass die Rußbelastung um mindestens 25 % gesenkt werden könnte. Dieses Problem müssten wir heute angehen und nicht irgendwann. Dazu wäre es erforderlich, dass Sie von diesem „Problemkind“ Abschied nehmen, das außer ein paar Wenigen keiner mehr will.

Herr Minister, Sie haben von der Verbesserung der Treibstoffe gesprochen. Ich gebe Ihnen Recht. Wo bleibt Ihre Initiative für schwefelarmen Treibstoff? – Wo bleibt Ihre Initiative zum Abbau der Additive, die heute noch in Treibstoffen enthalten und hochgiftig sind? – Davon höre ich nichts. Herr Minister, das sind die Hausaufgaben, die ich Ihnen vorwerfe, nicht gemacht zu haben. Da nützt Ihnen auch der Hinweis nichts, dass andere Regierungen noch viel weniger gemacht haben. Es nützt auch nichts, die

Messstellen EU-konform anzupassen. So kann man es natürlich auch umschreiben, wenn abgebaut wurde.

Herr Minister, wenn man sich an den Stellen, an denen der Schadstoffeintrag am höchsten ist, um ständige Messungen herumdrückt, liegt der Verdacht nahe, dass man manchmal etwas nicht wissen will. Sie betreiben eine Vogel-Strauß-Politik. Sie haben dieses Problem auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben, weil Sie den Ausbau des Südrings fordern; denn dieser Ausbau wird mindestens 30 Jahre dauern, wenn er überhaupt finanziert werden kann.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Herr Wörner, deshalb haben Sie gegen die Autobahn gekämpft! – Christian Meißner (CSU): Das ist doch ein Witz!)

– Damit komme ich zur Münchner CSU. Herr Kollege Meißner, Sie haben Recht: Die Münchner CSU ist ein Witz.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Sie sind eine Witzfigur!)

– Ich verstehe, dass Sie sich ärgern. Aber wenn ich so etwas sagen würde – –

(Franz Maget (SPD): Keine Beleidigungen! Der Präsident würde es rügen, wenn wir so etwas sagen würden! Das ist der Unterschied!)

– Er hat es nicht gehört. Das hört er meistens nicht.

Jetzt kommen wir zu der Münchner CSU: München wollte seinen Beitrag zur Reduzierung der Feinstaubbelastung leisten. München wollte den Straßenbahnausbau vorantreiben. Im Englischen Garten wurde das durch den Herrn Finanzminister persönlich verhindert, weil ihm offensichtlich eine Teerstraße wichtiger als der Ausbau des Münchner Straßenbahn-rings ist. München will die Fürstenrieder Straße mit der Trambahn belegen. Wer ist dagegen? – Die CSU im Stadtrat. Wer hält es auf? – Die CSU im Stadtrat. Wer verhindert den Ausbau der Straßenbahn in Schwabing? – Die CSU.

Die Münchner CSU muss in dieser Frage ganz ruhig sein. Sie muten den Menschen zu, weiterhin in Dreck und Staub leben und ihre Gesundheit riskieren zu müssen, weil Sie nicht gewillt sind, mit Rot-Grün gemeinsam den Ausbau des ÖPNV in München so voranzutreiben, wie das notwendig wäre. Wer hat denn den ÖPNV-Südring um München verhindert? – Waren das nicht Ihre CSU-Kollegen? – Ist München nicht auch Ihre Region? – Ich möchte Sie da einmal beim Schlipps nehmen. Beteiligen Sie sich an den Überlegungen in München und in ganz Bayern. Dann würden Sie den Menschen und vor allem den Kindern einen Riesengefallen tun. Hören Sie auf, dieses Thema zu verschieben und auf die Reden des Ministers Dr. Schnappauf hereinzufallen. Betreiben Sie mit uns konsequente Umweltpolitik in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Damit würden wir sicherstellen, dass es den Menschen besser geht als bisher. Wir würden die Lohnnebenkosten

senken und für ein qualitativ hochwertiges Urlauberland sorgen. Meine Damen und Herren, Sie gefährden und zerstören das Urlaubsland Bayern, wenn Sie es nicht schaffen, die Feinstaubproblematik zu lösen. In diesem Fall würden nämlich viele Orte ihren Status als Luftkurort verlieren. Möglicherweise ist das der Grund dafür, dass im Inntal nicht mehr so genau wie bisher gemessen wird. Vielen Dank fürs Zuhören. Ich denke, mein Beitrag war etwas mehr als die dünne Luft des Herrn Dr. Schnappauf.

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hintersberger.

Johannes Hintersberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Bei dieser Diskussion geht es um Menschen. Dieses Thema ist deshalb viel zu wichtig, als dass dabei persönliche Beleidigungen geäußert, Vorhaltungen gemacht oder kleinkarierte politische Auseinandersetzungen geführt werden sollten.

(Franz Maget (SPD): Wer hat denn wen beleidigt? – Dr. Otmar Bernhard (CSU): Wer hat denn angefangen?)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Wörner, Sie glauben, mit Ihrer Politik die Dinge besser gestalten zu können. Ich habe da – gelinde gesagt – meine Zweifel, wenn ich mir das Verhalten der Bundesregierung in dieser Frage in den letzten Jahren betrachte. Ich möchte darauf nicht länger eingehen, weil die Menschen davon nur sehr wenig hätten. Die Menschen wollen, dass in dieser Frage vernünftig, effizient und konsequent gehandelt wird. Sie wollen keine hysterische Diskussion, bei der noch mehr Staub aufgewirbelt wird und die eher zur Verunsicherung und zur Vernebelung beiträgt. Eine solche Diskussion bringt uns nicht weiter.

Die CSU-Fraktion begrüßt dieses Maßnahmenpaket der Staatsregierung, das auch in vielen Sitzungen des Umweltausschusses diskutiert und angeregt worden ist. Ich kann überhaupt nicht begreifen, dass Kollege Wörner jetzt einige Punkte negativ darstellt, die er noch vor vierzehn Tagen oder drei Wochen hier am Rednerpult selbst eingebracht, angeregt und verteidigt hat. Bleiben wir also einmal schön auf dem Teppich. Wenn es darum geht, diese Dinge vernünftig anzugehen, sollten wir im Interesse der Menschen, um die es geht – da sind wir beieinander –, gemeinsam versuchen, etwas Konkretes zu erreichen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, um was geht es? Lassen Sie mich ein paar Punkte aufgreifen, die ich aus diesem Paket herausziehen möchte, das die Staatsregierung heute beschlossen hat.

Am Anfang meine ich, dass wir uns einig sind, dass dieses Thema technisch und technologisch angegangen werden muss und auch nur so angegangen werden kann. Dies heißt, dass der Diesel-Rußpartikelfilter sehr schnell flächendeckend eingeführt werden muss. Ich meine, wir sind auch hier beieinander, dass es in der letzten Zeit – immerhin ist die Luftreinhalterichtlinie der EU seit fünf oder sechs Jahren bekannt – in der Tat Versäumnisse gegeben hat. Es ist schon ein starkes Stück, dass der Bundeskanzler noch im Sommer des letzten Jahres den Rußpartikelfil-

ter nicht, wie Sie, Herr Kollege Wörner, dargestellt haben, aufgrund Subventionen, sondern inhaltlich abgelehnt hat; er hat deshalb den Zuspruch des einen oder anderen Konzerns bekommen. Das war kein Versäumnis, sondern das war ein bewusstes Negieren der Situation und ein bewusstes Negieren der Bedeutung dieser Technik. Jetzt daherzukommen und zu sagen: wir wollen im Januar oder Februar eine etwas fadenscheinige steuerliche Anreizpolitik machen, um den Rußpartikelfilter zu fördern, ist beileibe gesagt alles andere als konsequent. Ich würde sagen: Dies ist scheinheilig.

Meine Damen und Herren, ich habe vor einigen Wochen auch an diesem Podium betont: Wenn es Trittin und der Bundesregierung wirklich ernst ist, dieses Rußpartikelproblem technisch anzugehen, frage ich mich, warum man nicht zum steuerlichen Anreiz greift, den wir mit der Öko-steuer – immerhin 19 Milliarden Euro pro Jahr – zu einem großen Teil kompensieren könnten. Dies wäre echte, ehrliche und griffige Politik, die aber nicht kommt. Deshalb geht das Schwarze-Peter-Spiel seitens Trittin und Rot-Grün von Berlin aus leider weiter. Die Menschen haben davon aber überhaupt nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ein weiterer Punkt. Man drückt sich weiter um die Beantwortung dieser Frage. Lesen Sie den neuen „Focus“. Von Unternehmen gibt es sehr wohl Nachrüst-Programme, die durchaus einen Impuls auf dem Arbeitsmarkt nach sich ziehen könnten. Laut „Focus“ wird allerdings zu Recht auf eine alleinige Kompetenz des Bundes hingewiesen und darauf, dass verbindliche technische Anforderungen an die Filtertechnik von vorne bis hinten fehlen. Beispielsweise haben auch die TÜV-Organisationen angeregt, gemeinsam mit dem Bund, insbesondere mit dem Verkehrsministerium und dem Umweltministerium klare Aspekte zu nennen und dementsprechend Pfähle einzurammen, damit eine gewisse Planungssicherheit entsteht, damit die entsprechenden Techniken von der Wirtschaft auch entwickelt, produziert und umgesetzt werden können.

Wo sind denn die Verantwortlichkeiten? Wo ist die Verantwortung, von der Sie so großspurig reden? Ich sage: Letztlich ist es der effizienteste Weg, dort anzufangen, wo der Dreck entsteht, wo der Dreck herauskommt, nämlich am Fahrzeug selbst.

Welche Punkte wurden in dem Paket weiter genannt? Ein Aspekt ist eine weitere Mautspreizung. Ich meine, an der einen oder anderen Schraube kann durchaus noch zielsicher gedreht werden.

Ein weiterer Punkt war das besondere Engagement hinsichtlich des Einsatzes von Rußpartikelfiltern in Fahrzeugen der öffentlichen Hand. Das ist zu unterstreichen. Das ist auch ein Ausfluss vieler Anregungen und Diskussionen im Umweltausschuss, nicht zuletzt auch der Maßnahmenpakete zu den Luftreinhalteplänen. Ich meine, der richtige Weg wird beschritten, wenn Zuschüsse seitens des Freistaates speziell für den Einbau solcher Filter für Fahrzeuge des ÖPNV hinzukommen. Herr Kollege Wörner, wir sind auch beieinander, dass der SPNV, also der Schienenpersonennahverkehr, nicht ausgeklammert wird. Immerhin

gibt es in der Bundesrepublik noch 1750 Dieselloks, die das Anforderungsprofil in Sachen Filter auch erfüllen müssen.

Ein weiterer Punkt ist – ich meine, es ist notwendig, noch viel intensiver eine Kooperation zu versuchen –, zumindest mit den in Bayern ansässigen Automobilherstellern dieses Thema noch stärker, noch engagierter aufzugreifen und dieses Thema in Forschung und Entwicklung technologisch noch intensiver anzugehen.

Herr Kollege Wörner, diesbezüglich verstehe ich Ihre Kritik überhaupt nicht, oder aber Sie haben es noch nicht gelesen –: Unter Punkt 5 des Maßnahmenpakets steht, dass die Staatsregierung den betroffenen Kommunen, die die strengen europäischen Grenzwerte überschreiten, grünes Licht für verkehrsleitende Maßnahmen gibt. Dies ist die konsequente Weiterführung der Beschlüsse, die wir im Oktober im Umweltausschuss in Sachen Luftreinhaltepläne zusammen mit den Aktionsplänen und Maßnahmen gefasst haben.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Natürlich hilft es den Menschen vergleichsweise wenig, wenn wir auf andere Bereiche verweisen. Um aber die Diskussion zu versachlichen, insbesondere was den europäischen Raum anbelangt, darf ich noch einmal auf den „Focus“ zurückgreifen und daraus zitieren, wie es denn in anderen europäischen Staaten mit der Umsetzung, beziehungsweise mit der Reaktion auf die EU-Luftreinhalt Richtlinie aussieht, die am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist. Meine Damen und Herren, Sie können dort lesen, dass zum Beispiel in Frankreich, in Paris, trotz Tagesspitzenwerten von 100 bis 120 Mikrogramm pro Kubikmeter ein Fahrverbot für Lkw erst ab 360 Mikrogramm pro Kubikmeter erlassen wird. Das ist zumindest ein zarter Hinweis darauf, wie manche Staaten mit dieser Richtlinie umgehen.

Ich meine, es ist nicht unkeusch, vor dem Hintergrund der gestrigen neuen aktuellen Wachstumsprognose der EU-Kommission die Aspekte Planungssicherheit und hysterische Verunsicherung mit Blick auf Wachstum, Arbeit, Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt nicht völlig vom Tisch zu kehren.

Auch dies ist ein Aspekt, den wir gerade vor dem Hintergrund der Zusammenarbeit zwischen Ökologie und Ökonomie an diesem sensiblen Punkt und auch in dieser Umweltdiskussion dick unterstreichen und betonen müssen. Dies fordern wir ein, und dies möchte ich auch heute tun.

Ein letzter Punkt. In dem Maßnahmenpaket kommt zum Ausdruck, dass es nicht bei Einzelaktionen bleiben darf. Ich bin schon froh darüber, dass selbst Trittin mittlerweile vor Einzelaktionen wie einzelnen Sperrungen oder Citytymaut warnt. Man darf den Leuten nicht weismachen, man könnte mit Maßnahmen, die die GRÜNEN bereits vor 20 oder 30 Jahren auf ihren Tagesordnungen stehen gehabt haben, diese Probleme lösen. Es wäre eine Verachtung des ehrlichen Bemühens der Menschen, wenn man meint, mit diesen vordergründigen Aktionen so große Probleme auch nur im Ansatz lösen zu können.

Daher ist es wichtig – dies werden wir mit unserem Antrag im Umweltausschuss auch noch einmal aufgreifen –, dass wir über die Problematik und Thematik Feinstaub nicht nur im Zusammenhang mit dem Verkehr diskutieren. Dies wäre zu kurz gesprungen. Nach Äußerungen von Fachleuten gehen die Anteile, zu denen die Verkehrsemissionen zur Feinstaubproblematik beitragen, von 6 % über 10 % bis zu 25 %. Alle weiteren Emissionen kommen aus Kleinfeuerungsanlagen, aus Industrieanlagen, aber auch aus der Natur. Es wäre falsch, und wir wären auf einem Auge blind, wenn wir diese Aspekte außer Acht lassen würden und wenn wir die Äußerungen, die von Fachleuten gemacht werden, nicht berücksichtigen würden.

Daher wird die CSU-Fraktion dieses Maßnahmenpaket klar unterstützen. Wir werden in einem Antrag auch die einen oder anderen weitergehenden Aspekte mit aufgreifen. Vor hysterischen Diskussionen warnen wir. Wir werden ein vernünftiges, effizientes und auch konsequentes Vorgehen von den Stellen einfordern, die Verantwortung tragen und die auch die Hebel in der Hand haben. Ein großer Hebel steht in Berlin Rot-Grün zur Verfügung. Dieser wurde bislang leider noch nicht umgelegt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächste hat Frau Kollegin Paulig das Wort.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Umweltminister, in der Tat schaut die Bilanz Bayerns nicht sehr günstig aus. In Bayern ist nicht nur München Spitzenreiter, sehr dicht folgen Augsburg, Passau, Bayreuth, Neu-Ulm oder Landshut. Es gibt eine verdammt lange Liste von bayerischen Städten, die die Grenzwerte bereits jetzt nicht einhalten oder kurz vor der Nichteinhaltung stehen.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Dann gehen Sie doch dahin, wo es gar keine Messstationen gibt!)

– Genau, die Messstationendebatte möchte ich gleich führen. In der Bundesimmissionsschutzverordnung ist genau festgelegt, wie zu messen ist. Zum einen werden die Hintergrundbelastung und zum anderen die Verkehrsbelastung gemessen.

(Christian Meißner (CSU): Wird das auch überall gemacht?)

Eine Messstation in Andechs oder an manchen anderen Standorten hat die Funktion, die Hintergrundbelastung zu erfassen. Wenn wir in München an unterschiedlichen Standorten messen, erfassen wir zum Beispiel am Mittleren Ring vor allem die Verkehrsbelastung. Natürlich macht es etwas aus, wo ich die Verkehrsbelastung messe. Hier wurde Köln angeführt. Dort haben wir eine breite schwarze Mehrheit. Ich kann Ihnen versichern, die GRÜNEN, die dort mitarbeiten, wollen die Messstationen korrekt aufstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Christian Meißner (CSU): Noch sind wir Rot-Grün registriert!)

– Lassen wir das, aber Köln wird von einer breiten schwarzen Mehrheit regiert. Dass Sie Köln als schlechtes Beispiel anführen, fällt auf Sie zurück. Lassen Sie doch bitte ihre Zwischenrufe. Sie sind zwar amüsant, und ich gehe auch immer gerne darauf ein, ab und zu aber möchte auch ich das Wort haben.

Trotzdem möchte ich hier feststellen, dass das Landesamt für Umweltschutz in Bayern durchaus korrekt misst. Es macht tatsächlich etwas aus, ob ich einen Standort hier oder einen Standort dort wähle. Man sieht es zum Beispiel an Bayreuth. Dort hatten wir bereits im Jahr 2004 Überschreitungen. 2003 waren es weniger, obwohl es aufgrund des Wetters ein Jahr mit großen Belastungen war. Von 2003 bis 2004 wurden über 30 Standorte gewechselt. Ich verstehe nicht, warum wir für Bayreuth noch keinen Luftreinhalteplan haben, obwohl wir dort so nah an den Grenzwerten sind. Die Debatte darüber, dass diese oder jene falsch messen, führt uns nicht weiter.

(Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Ich hoffe, dass in Bayern überall korrekt gemessen wird und dass wir klaren Verstandes zwischen Hintergrundbelastung und Verkehrsbelastung unterscheiden können, um dann die notwendigen Maßnahmen ergreifen zu können.

Zu den Maßnahmen. Nachdem Herr Umweltminister Schnappauf seinen Urlaub im Reinluftgebiet Irland vorzeitig abbrechen musste, hat sich das Kabinett endlich aufgerafft, konkrete Maßnahmenpakete vorzuschlagen. Die Maßnahmen, die derzeit in den Luftreinhalteplänen stehen, sind in der Regel langfristig. Daneben brauchen wir aber kurzfristige Maßnahmen. Wir brauchen ein Maßnahmenbündel aus kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen. Darüber, glaube ich, sind wir uns einig. Wir brauchen eben auch kurzfristige Maßnahmen. Deswegen haben wir schon im letzten Plenum gefordert, Aktionspläne aufzustellen, damit ab dem In-Kraft-Treten der Grenzwerte im Jahr 2005 mit konkreten Maßnahmen die Luftbelastung gesenkt werden kann. Das ist leider bis jetzt nicht passiert. Jetzt ist der Hund zum Jagen getragen worden, und wir haben auch einige Vorschläge. Es sind fünf Vorschläge, der sechste Vorschlag ist eigentlich nur ein Palaver über die Festlegung der Messstandorte und der Messgeräte. Ich glaube, das ist keine Maßnahme. Damit stänkert man nur ein bisschen gegen andere. Das bringt uns wirklich nicht voran. Übrig bleiben fünf Punkte.

Erstens. Aufkommensneutrale steuerliche Anreize für Dieselfahrzeuge mit Rußpartikelfilter sind richtig. Das ist sicher notwendig und richtig, wenn wir die Belastungen durch die Dieselaautos reduzieren wollen. Insgesamt macht das laut TÜV Bayern aber nur 5 % aus. Trotzdem liegt die gesamte durch den Verkehr verursachte Belastung bei 50 %; Ballungsräume, Umland und Städte sind hier einbezogen.

In dem Kabinettsbeschluss lese ich jetzt: Bayern fordert die Bundesregierung auf, aufkommensneutrale steuerliche Anreize für Dieselpartikelfilter bundesweit zu schaffen. Das ist wunderbar. Der Bund versucht seit einem Jahr, eine Regelung voranzubringen. Die Länder

kassieren die Kfz-Steuer, sie wollen die steuerlichen Anreize aber nicht übernehmen. Wenn Sie es mit steuerlichen Anreizen wirklich ernst meinen, wäre es angemessen, jetzt in Abstimmung mit den anderen Ländern eine Bundesratsinitiative einzubringen, sie mit dem Bundesfinanzminister abzustimmen und diese Initiative dann auch wirklich Gesetz werden zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sicher ist es richtig, das vorhandene System in der Kfz-Steuer voranzutreiben, wonach für schadstoffstärkere Autos mehr zu bezahlen ist als für schadstoffarme. Wir können aber nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten. Wir können auch nicht darauf warten, dass die unionsregierten Länder im Bundesrat die Vorschläge von Herrn Eichel zurückweisen und sagen: So nicht, Herr Minister.

(Johannes Hintersberger (CSU): Von Ihnen kommt doch nichts aus Berlin!)

Das sage ich doch gerade. Wenn Ihnen in den Ländern dieses Anliegen ernst ist, fordere ich Sie hier auf, sich unter den Ländern abzustimmen und eine Bundesratsinitiative einzubringen; das Gesetz kann dann bis zum Sommer stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tun Sie das, aber sagen Sie nicht, Bayern fordert die Bundesregierung auf. Wir wissen, dass die Vorschläge der Bundesregierung auf dem Tisch liegen. Sie sagen, so wollen Sie es nicht. Die steuerliche Entlastung beträgt 350 Euro bei Neuwagen und 250 Euro bei Nachrüstung. Diese Vorschläge liegen auf dem Tisch. Die Mehreinnahmen, die Bayern bei den Dieselfahrzeugen erzielt, liegen weit über dem, was diese steuerliche Entlastung das Land Bayern bei der Nachrüstung kosten würde.

Da haben wir es doch! Dann seien Sie bitte in der Diskussion ehrlich und legen Ihre konkreten, konstruktiven Vorschläge zur steuerlichen Entlastung auf den Tisch. Das wäre eine glaubwürdige Politik und sehr viel besser, als immer nur auf andere zu zeigen und dann, wenn Vorschläge auf dem Tisch liegen, zu sagen: So aber nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Christian Meißner (CSU): Wer zeigt denn jetzt auf andere?)

– Ich glaube, dazu habe ich jetzt ausführlich genug gesprochen. – Den Vorschlag einer niedrigeren Maut für umweltfreundliche Lkws halte ich für in Ordnung; das ist ein richtiger Vorschlag. Ich erwarte Ihre Unterstützung im Bundesrat, wenn dieser Vorschlag dann Gesetz werden soll.

Ich vermisse unter den Vorschlägen des Kabinetts, dass Bundesfernstraßen einbezogen werden, die als Schleichwege genutzt werden; wir stellen eine Verlagerung von 10 bis 15 % des Lkw-Verkehrs fest. Ich denke, das ist überfällig.

Spaß macht mir der dritte Beschluss des Kabinetts – das ist wirklich köstlich; Ihren Ausführungen, Herr Hintersberger, habe ich aufmerksam zugehört –, die Fahrzeuge bei Staat und Behörden mit Rußpartikelfiltern auszustatten. Das macht wirklich Spaß. Vor über einem Jahr, am 11.02.2004, haben wir diesen Antrag eingebracht, und die CSU hatte nichts Besseres zu tun, dies als einen Schaufensterantrag abzulehnen, Herr Hintersberger. Im Protokoll ist zu lesen: „Daher wäre es absolut kurz gesprungen, jetzt diesen Antrag zu beschließen.“ Der ... Antrag sei ... „ein reiner Schaufensterantrag, wie man es von den GRÜNEN gewohnt sei ... Des Weiteren sei die Industrie derzeit nicht in der Lage, die gängigsten Fahrzeugtypen in dieser Größenordnung nachzurüsten.“

Das wurde in der Debatte im Umweltausschuss am 04.03.2004 gesagt. Es war schon blamabel, wie Sie die Industrie da hingestellt haben. Weiter heißt es:

Da würde ein Beschluss in keiner Weise den vermeintlichen Nachdruck erzeugen.

Dann begründen Sie noch einmal, warum Sie diesen Antrag ablehnen:

Die CSU-Landtagsfraktion werde den vorliegenden Antrag ablehnen und einen entsprechenden Prüfauftrag überlegen.

Da haben Sie bis jetzt überlegt. Irgendwann ist es dann Ihrem obersten Chef, dem netten Herrn Stoiber, doch zu bunt geworden, und er hat gesagt: Herr Umweltminister, das beschließen wir und setzen wir um. Das ist auch dringend nötig. Das ist wieder ein typisches Beispiel dafür, wie es immer abläuft: Wir GRÜNE fordern etwas, ein Jahr später ist die CSU in ihren Erkenntnissen genauso weit und sagt: Wir haben ein Maßnahmenpaket, das machen wir jetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Christian Meißner (CSU): Haben Sie damit ein Problem?)

Wir hätten damit wirklich vor einem Jahr beginnen können, um die Luft und den Gesundheitszustand zu verbessern. Dann stünden wir heute auch in diesem Punkt besser da.

Lachen muss ich auch bei dem Beschluss Nummer 4: Kooperation mit der bayerischen Automobilindustrie zur schnellen Partikelfiltereinführung. Die Automobilindustrie hat inzwischen begriffen, dass sie geschlafen und einiges versäumt hat. Sie hat gemeint, sie könne dieses Problem mit der EURO-IV-Norm bewältigen. Nein, das konnte sie eben nicht. Die Industrie wäre gut beraten, wenn sie künftig frühzeitig ökologische Notwendigkeiten zur Grundlage ihrer Geschäftsideen machen würde. Dann wäre sie jetzt nicht in der fatalen Situation, dass zum einen die Käufer abwarten und zum anderen auf die Angebote des französischen Automobilmarktes zurückgegriffen wird. Die Industrie bei uns, insbesondere die Automobilindustrie hat immer noch nicht begriffen, dass der Verbraucher auf umweltfreundliche Mobilität setzt und nicht auf PS-starke

Wägen mit hohem Spritverbrauch. Aber gut, der Ölpreis wird noch einige Lerneffekte bewirken.

Herr Staatsminister, ich frage mich wirklich: Sind denn diese Unternehmen nicht schon seit langem im Umweltpakt? – Ein Unternehmen im Umweltpakt sollte hier tatsächlich vorbildlich und rechtzeitig handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Durch Schaden wird man klug. Leider ging dieser Lerneffekt auch auf Kosten der Gesundheit der Bürger.

Besonders nett ist der fünfte Punkt: Grünes Licht für verkehrsleitende Maßnahmen durch die Kommunen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Hurra!)

Fantastisch! Ich freue mich natürlich über den Ausdruck „Grünes Licht“; denn auch damit wird eine Forderung der GRÜNEN aufgegriffen.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Hintersberger (CSU))

Wir fordern schon lange, dass differenzierte Fahrverbote für die Städte möglich sein müssen. München hat dies im Luftreinhalteplan gefordert. Wer hat das blockiert? – Die Regierung von Oberbayern im Auftrag des Innenministers und eines wirklich ausgesprochen schwachen Umweltministers. Wenn Ihnen dieses Anliegen wichtig gewesen wäre, dann hätten Sie sich doch dafür stark gemacht, dass Kommunen diese schwierigen Maßnahmen, die nicht einfach und auch für Kommunen nicht die angenehmsten sind, einleiten und durchführen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben das bis heute blockiert. Jetzt endlich lese ich: Die Luftreinhaltepläne werden fortgeschrieben. Das ist notwendig. Ab 01.01.2005 brauchen wir wirksame Aktionspläne. Das haben wir in der letzten Plenarsitzung eingefordert, und Sie haben es abgelehnt. Selbstverständlich müssen sie fortgeschrieben und mit Maßnahmen versehen werden, die sofort wirken. Da rettet uns nicht der Partikelfilter, sondern retten uns differenzierte Fahrverbote – Sie nennen das „Verkehrsleitende Maßnahmen“ –, damit nicht alle Rußpartikel und jede Emission in der Innenstadt, wo jetzt schon die Werte zu hoch sind, abgeladen werden und uns die Luft zum Atmen nehmen. Endlich zeigt sich hier auch im Kabinett eine gewisse Einsicht. Ich begrüße es, dass sich hier jetzt einmal nicht die alten Wirtschaftsbosse in diesem Haus durchgesetzt haben, die immer alle Entscheidungen auf Kosten der Umwelt treffen, sondern dass endlich die Einsicht gewachsen ist, dass Umweltschutzmaßnahmen erstens der Wirtschaft gut tun und zweitens notwendig sind, um die Gesundheit der jetzt lebenden Menschen und künftiger Generationen zu sichern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was das Kabinett heute beschlossen hat, reicht aber leider nicht aus. Einzelne Maßnahmen begrüßen wir durchaus; andere waren tatsächlich überfällig. Wesentliche aber

fehlen. Ich hoffe, dass Ihre Blockadepolitik mit diesen Beschlüssen in Bayern ein Ende gefunden hat.

(Johannes Hintersberger (CSU): Welche Blockadepolitik?)

– Mein Gott, Herr Hintersberger, Sie haben es immer noch nicht begriffen. Monatelang durfte die Stadt München keine verkehrsleitenden Maßnahmen ergreifen, weil in diesen Ministerien – vielleicht auch in diesem, das jetzt abtaucht – Fahrverbote so gefürchtet werden, wie der Teufel das Weihwasser fürchtet. Sie wollen dem Autofahrer bloß kein Bremsen oder Ausweichen zumuten. Das ist aber nötig, um die Partikelemissionen zu mindern.

Nötig ist auch, dass die Ballungsräume in die Aktionspläne einbezogen werden; das ist auch in unserem Dringlichkeitsantrag enthalten, den wir morgen beraten werden. Der Umgriff muss dabei größer sein als derzeit in München. Im Nürnberger Raum gibt es das ansatzweise. Wir werden auch in der Region München und in anderen Regionen die Ballungsräume einbeziehen müssen. Wir müssen Luftreinhaltepläne mit konkreten Maßnahmen dort erarbeiten, wo in Städten jetzt und in den nächsten Wochen die Grenzwerte überschritten werden. Da kann man nicht bis zum Jahr 2006 oder 2007 warten. Die Rücksicht auf die Gesundheit der Bürger erfordert sofortiges Handeln.

Erfreulicherweise hat es der Industriekommissar Verheugen klar und deutlich als unsinnige Debatte bezeichnet, als gefordert wurde, die Grenzwerte wieder zu lockern oder zu senken. Das war einmal ein klares Wort von der EU-Ebene, für das man nur dankbar sein kann.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Auch der Luftverkehr gehört in diese Debatte; denn er trägt erheblich zur Luftbelastung bei. Nach Informationen, die ich erhalten habe, verzeichnet beispielsweise gerade die Messstation am Flughafen in München-Erding seit 2002 eine deutliche Zunahme der Partikelemissionen.

(Zuruf von der CSU)

Wir müssen also auch an den Luftverkehr herangehen, wenn wir die Luft sauberer machen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über einzelne Maßnahmen werden wir gewiss morgen noch diskutieren. Auch die Landwirtschaft ist dabei genauer unter die Lupe zu nehmen, weil auch bei der Landwirtschaft ein großes Emissionsbündel festzustellen ist, dessen Reduzierung mit verschiedenen Maßnahmen anzugehen ist.

(Zurufe von der CSU)

– Das macht nichts. Ich bin morgen wieder gut drauf und werde einiges Neues bringen.

Wir müssen heute handeln und können nichts auf die lange Bank schieben. Wir können uns auch nicht auf diesem

Paket ausruhen, das das Kabinett vorgelegt hat. Es ist zwar durchaus in einigen Punkten richtig, aber absolut dürftig, wenn man die breite Palette der Möglichkeiten betrachtet. Jetzt geht es an die Umsetzung.

Ich hoffe, dass die Wirtschaft begriffen hat, dass die Umsetzung umweltpolitischer Notwendigkeiten und Forderungen die Grundlage einer zukunftsfähigen wirtschaftlich-ökonomischen Entwicklung in Bayern ist. Auf die Politik kann man sich kaum verlassen, wie wir in diesem Fall in Bayern gesehen haben. Da wurde die Schuld immer weg geschoben; und dringend notwendiges Handeln wurde vertagt. Jetzt brauchen wir ein breites Bündel von Maßnahmen, die kurz-, mittel- und langfristig wirken.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Zum Beispiel den Autobahnring um München!)

– Was habe ich da für ein nettes Zitat eines SPD-Abgeordneten zur A 99 gehört? – Ach, ich weiß nicht mehr so genau. Herr Kollege Wörner ist nicht mehr da. Wie war das so nett? – Da könnte ich Herrn Vocke zum Naturschützer im Staatswald machen – das war es aber nicht so ganz. Es war irgendwie anders; ich nehme das zurück.

(Christian Meißner (CSU): Wie war's denn jetzt?)

– Ich habe es nicht richtig wiedergegeben, aber es war jedenfalls ein netter Ausspruch.

Damit kommen wir jedenfalls nicht hin. Sie wissen, dass A 99 Süd nicht umsetzbar ist und dass diese Maßnahme in dreißig oder in fünfzig Jahren, wenn sie umgesetzt wäre, insgesamt weiter zur Belastung der Luft führen wird.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie kann doch deswegen nicht umgesetzt werden, weil Sie die Leute dauernd aufhetzen!)

Wir werden in der Tat nicht umhin kommen, den Autoverkehr und den Flugverkehr technisch angemessen zu optimieren, aber auch zu reduzieren. Wir werden die Emissionen aus dem Verkehr nicht weiter ins Grenzenlose wachsen lassen können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Das hat aber nichts mit dem Feinstaub zu tun!)

Wenn Sie das nicht begreifen, wird die EU – da bin ich guter Dinge – den bayerischen Umweltminister tatsächlich zum Handeln bringen, auch wenn es lange dauert. Bei Natura 2000 waren es über zehn Jahre. Bei der Wasserahmenrichtlinie: Fehlstart. Jetzt sind wir bei der Luftqualitätsrichtlinie: Schauen wir mal, was daraus wird. Gut, dass wir einige klare Umweltrichtlinien von der EU haben, deren Umsetzung auch eingefordert und überprüft wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich noch zwei Hinweise der NETZEITUNG.DE bringen. Analysten der US-Investment-Bank Goldman Sachs haben am 31. März darauf hingewiesen, dass der Ölpreis noch in diesem Jahr auf bis zu

105 Dollar pro Barrel steigen kann. Ich bitte Sie, das bei unserer heutigen Debatte zu bedenken. Wir brauchen in der Tat eine Politikumkehr hin zur Luftqualität, die wirklich substantielle Entscheidungen trifft und nicht vor einer vermeintlichen Notwendigkeit der Industrie kuschelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Internationale Energie-Agentur weist zum Umgang mit der Ölkrise darauf hin, dass wir den Ölverbrauch wegen der Umwelt, aber auch im Hinblick auf die Preisstabilität, verknappen müssen. Die Internationale Energie-Agentur hält Reserven in den Industriestaaten bereit, die deren Bedarf zwischen 110 bis 115 Tage lang decken können. Fahrverbote, die es den Fußgängern in den Siebzigerjahren auch in Deutschland ermöglicht haben, auf den Autobahnen zu spazieren, sollen nun bereits als Vorsorgemaßnahme gegen zu hohe Preise empfohlen werden. – Sie sehen also, dass die Debatte in entscheidenden Wirtschaftsgremien bereits wesentlich weitblickender geführt wird, als Sie es sich in diesem Hohen Haus getrauen. Ich wünsche Ihnen also Mut für Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und zur Gesunderhaltung der Bevölkerung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Frau Kollegin. Als Nächster hat Kollege Müller das Wort.

Herbert Müller (SPD): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor der heutigen Debatte habe ich mir eigentlich vorgestellt, dass bei diesem Thema und bei der Regierungserklärung ein wenig mehr über das nachgedacht wird, worum es wirklich geht. Ich habe allen Rednern zugehört; die am häufigsten gebrauchten Worte waren „Diesel“ und „Rußpartikelfilter“. In der „Süddeutschen Zeitung“ von heute wird ein Bericht des TÜV Bayern zitiert, dass die Feinstaubbelastung, selbst wenn wir alle Fahrzeuge mit Rußpartikelfiltern ausstatten würden, gerade um 5 % reduziert werden könnte.

(Alexander König (CSU): Ja, maximal!)

Das heißt: Das Thema muss doch sehr viel weiter gesehen werden. Ich sage Ihnen, ohne irgendjemandem Vorwürfe machen zu wollen: Mich belastet fast noch mehr als die Feinstaubdebatte der Umstand, dass es immer nur um die eine Sau geht, die gerade durchs Dorf getrieben wird. Ein Einzelthema wird da dann mit hochroten Köpfen in der jeweiligen Diskussion verfolgt. Kein Mensch spricht beispielsweise mehr davon, dass bereits bei der jetzigen Sonneneinstrahlung Kinder nicht mehr der Sonne ausgesetzt werden sollen, weil die Ozonbelastung so hoch ist. Vor einigen Jahren war die Ozonbelastung ein großes Thema. Im Moment wird dieses Thema nicht mehr diskutiert, weil es offensichtlich durch Nichtbeachtung erledigt ist. – Genau das Gleiche haben wir bei der Smog-Verordnung: Die gibt es nicht mehr, und deswegen haben wir offensichtlich kein Problem mehr mit dem Smog.

Damit möchte ich Folgendes sagen: Ich halte es für richtig, dieses Thema heute zu diskutieren. Aber ich hätte nichts dagegen gehabt, wenn die Staatsregierung den

Gesamtzusammenhang dieser Probleme ein wenig mehr gesehen hätte. Wenn das Problem, das wir heute diskutieren, in einen Gesamtzusammenhang gestellt würde, würde Politik vielleicht insgesamt wieder glaubhafter. Stattdessen fokussieren wir die Diskussion immer nur auf einen einzigen Bereich. Im Übrigen ist der heute diskutierte Bereich nur einer der kleineren Verursacher. Er ist zumindest ein ursächliches Problem, das wir schnell lösen können, weil es dafür bereits die entsprechende Technologie gibt. Aber im Grunde genommen kommen wir in der Politik nicht weiter, wenn wir nur wie Betroffene mit hochrotem Kopf ein Thema nach dem anderen diskutieren. Beim nächsten Thema haben wir die Themen schon vergessen, die wir davor diskutiert haben. Ich glaube, hier sollten wir gemeinsam in diesem Haus versuchen, einen Schritt weiter zu kommen.

Ein zweiter Punkt. Vorhin wurde angesprochen, dass Bundeskanzler Schröder vor einem knappen Jahr nicht die richtigen Entscheidungen getroffen habe. Er habe sich hier im Grunde genommen eher restriktiv verhalten. – Dazu darf ich feststellen, dass Sachkenntnis nicht schädlich ist, Herr Minister. Ich glaube, dass das, was Sie vorher gesagt haben, Herr Minister, nicht sehr gut recherchiert war. Ich darf versuchen, den Sachverhalt aus meiner Sachkenntnis ein wenig zu erläutern. Wenn ich es richtig sehe, ging es darum, dass die deutsche Automobilwirtschaft gesagt hat: Wir erreichen die Norm Euro IV mittels Motormanagement. Dieses ist unser Weg – im Unterschied zu einem Konzern in Frankreich, der bereits sehr früh richtigerweise auf den Rußpartikelfilter gesetzt hat. Im Übrigen sind die technischen Voraussetzungen für die Erreichung der Euro-IV-Norm durch Motormanagement in der Tat vorhanden. Allerdings haben der Ruß und der Feinstaub als solche bei der Entstehung der Euro-IV-Norm nicht die entscheidende Rolle gespielt, infolgedessen waren sie auch keine entscheidenden Themen.

Wenn Sie hier also einen Angriff gegen Schröder fahren wollten, wären Sie nur dann glaubhaft, wenn die Bayerische Staatsregierung ab diesem Tag kein einziges Auto mehr bei Audi oder BMW gekauft hätte, sondern wenn sie ab diesem Tag ihre Autos bei den Franzosen gekauft hätte. Das ist aber nicht der Fall gewesen; das weiß ich.

(Alexander König (CSU): Es geht doch nur um Diesel-Autos! – Sebastian Freiherr von Rotenhan (CSU): Das Geschrei hätte ich aber nicht hören mögen, wenn sie das getan hätten.)

– Vielen Dank! Herr von Rotenhan, das war genau die Äußerung, die ich hören wollte. „Das Geschrei hätte ich hören wollen, wenn die Bayerische Staatsregierung auf Peugeot oder Citroen umgestiegen wäre!“ Das ist richtig. Aber dann frage ich auch: Was wäre denn für ein Geschrei zu hören gewesen, wenn man empfohlen hätte: „Kauft Autos in Frankreich, nicht in Deutschland“? Der Kernpunkt war – und auf diese Wunde müssen Sie den Finger legen –, dass unsere Motorspezialisten auf das falsche Pferd gesetzt und die Entwicklung nicht rechtzeitig erkannt haben. Das ist der Punkt. Aber diesen Sachverhalt zu politisieren, ist zu billig und einfach.

Das Handeln der Staatsregierung war so, dass es ins Leere gehen musste.

(Christian Meißner (CSU): Seit wann steigen die Diesel-Zulassungen? – Seit der Ökosteuer!)

– Nein, die Diesel-Problematik ist wesentlich komplizierter als Sie sie machen wollen.

Vor acht Jahren schrieb ich im Auftrag meiner Fraktion einen Brief an eine große Autofirma, die in der Diesel-Technologie führend ist. Uns lagen Informationen über die Feinstaubmenge bei den Autos mit der neuen Diesel-Technologie vor. Der Feinstaub dieser neuen Diesel-Fahrzeuge ist viel gefährlicher als der der alten Diesel-Fahrzeuge, die rußen. Diesen groben Staub sieht man. Die neuen Diesel-Fahrzeuge sind besonders gefährlich.

Wir haben an die Autofirma in Bayern einen Brief geschrieben, da wir uns überlegten, ob wir die Dienstfahrzeuge unserer Fraktion aus Umweltgründen anders auswählen. Wir schickten einen Zeitungsartikel mit, in dem die Bedrohung aufgezeigt war. Nach einiger Zeit erhielten wir einen Antwortbrief. Darin stand schlicht und ergreifend, dass diese Problematik, wie sie im Zeitungsartikel aufgezeigt war, nicht bestehe.

Ich will Ihnen mit diesem Beispiel sagen, dass es offenbar auch für die Industrie sehr schwierig ist, sich abzeichnende Probleme rechtzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren. Wir befinden uns heute im Nachteil gegenüber anderen, zum Beispiel gegenüber Frankreich. Die Franzosen machen die Geschäfte zu Recht, und wir hinken nach. – Das ist aber ein anderes Thema.

Ich will noch zwei praktische Dinge ansprechen, die für uns in Bayern von gewisser Relevanz sind.

Ich komme aus dem Allgäu in Schwaben.

(Zuruf von der CSU: Das hört man!)

– Hört man das? – Dagegen habe ich überhaupt nichts.

(Zuruf von der CSU: Das war ein Kompliment!)

– Ich verstehe das auch so.

Eine der Städte, die jetzt schon die Grenzwerte häufig deutlich überschreiten, ist Lindau. Lindau liegt am Bodensee und nahe den Bergen, wo es eigentlich Wind gibt. Es sollte also nicht schlecht dastehen. Schwaben hat sehr früh die Wasserkraft genutzt. Schon vor 100 Jahren wurde die elektrische Energie in andere Bereiche abgeleitet, um dort mit elektrischen Loks zu fahren. Nur das Gebiet, in dem die Energie aus Wasserkraft entwickelt und gefördert worden ist, ist bis heute nicht elektrifiziert. Schon deshalb wäre es notwendig, die Strecken in Bayern zu elektrifizieren. Ich denke an ein spezielles Projekt, das auch die Staatsregierung verfolgt und das dringend notwendig ist. Es ist die Elektrifizierung der Bahnstrecke von München über Buchloe nach Lindau im Zulauf zum NEAT-Tunnel im alpenquerenden Verkehr. Die Problematik, die wir heute diskutieren, ist ein weiteres gutes Argument für die Elektrifizierung dieser Strecke. In Lindau fahren die Diesel-Loks

auf die Insel und kehren dort um. Sie können sich vorstellen, dass der Rußpartikelaustritt beachtlich ist.

Ich kann nur hoffen, dass die Bayerische Staatsregierung zusammen mit der Bundesregierung das Projekt so schnell wie möglich realisieren kann.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die Staatsregierung ist nicht zuständig!)

– Herr Kollege Kreuzer, beide, sowohl die Landesregierung als auch die Bundesregierung, sind zuständig.

Zurzeit wird das Wirtschaftlichkeitsgutachten erstellt. Ich bitte, das Projekt positiv zu begleiten, weil es bei uns einen wichtigen Beitrag zur Senkung der Feinstäube leisten könnte.

Als Nächstes will ich einen praktischen Beitrag leisten. Der SPD-Arbeitskreis Umwelt besuchte vor etwa einem Vierteljahr Freiberg in Sachsen. Wir sahen uns eine hochinteressante Technologie an. Es wäre gut, wenn sich der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz und die Staatsregierung mit diesem Projekt näher befassen würden. Was passiert in Freiberg? – In Freiberg wird aus Biomasse – vorwiegend Holz – ein dieselähnlicher Treibstoff entwickelt, der bei der Verbrennung im Motor keinerlei Rußpartikel erzeugt. Das ist nicht nur wegen der Entwicklung alternativer Energien interessant, sondern mit der Beimischung von 15 % dieses Diesels wäre die Reduzierung von Feinstaub beachtlich. Mit dem Rohstoff Holz wäre dies möglich. Dadurch könnte ein wichtiger Beitrag zur Sicherung alternativer Energien im eigenen Land gefördert werden.

Ich wollte mit diesen Beispielen deutlich machen, dass wir bei diesem Thema und den vorhin von mir angesprochenen Themen, die uns belasten, gemeinsame Wege gehen müssen. Ich würde mir wünschen, dass wir in zwei Monaten immer noch über Feinstäube, aber auch wieder über die Ozonbelastung und die Smog-Verordnung reden werden. Nur die Lösung all dieser Probleme wird uns weiterbringen, nicht das Hüpfen von einem Thema zum nächsten.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Debatte beendet. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme erteile ich dem Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz das Wort.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident! Ich werde in der gebotenen Kürze Stellung nehmen, da das Thema seine Fortsetzung bei der Behandlung der Dringlichkeitsanträge finden wird.

Ich glaube, dass die Äußerungen, die Kollege Müller zum Schluss gemacht hat, ein bisschen mehr zur Versachlichung beigetragen haben, als die Eingangsbemerkungen des Kollegen Wörner von der SPD-Fraktion. Ich habe fast den Eindruck gewonnen, dass Kollege Müller den Kollegen Wörner meinte, als er sagte, es gebe jemanden, der

„mit hochrotem Kopf immer wieder eine neue Sau durchs Dorf treibt“.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD):
Ein sehr sachlicher Beitrag, daraus spricht viel
Kompetenz!)

Ich glaube schon, dass Kollege Müller Recht hat, dass wir uns keine Schnellschüsse erlauben dürfen, weil das Thema auf den ersten Seiten der Zeitungen steht, sondern dass genau geprüft werden muss, wo die Feinstäube herkommen.

(Susann Biedefeld (SPD): Aus Irland nicht!)

Die Feinstäube haben eine breite Ursachenstreuung. Johannes Hintersberger hat in seinen Ausführungen deutlich gemacht, dass wir überall ansetzen müssen – ob Haushalte, Industrie und Gewerbe oder Verkehr. Wir haben innerstädtische und außerstädtische Ursachen. Nur ein umfassendes, ganzheitliches Konzept hilft hier weiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin sehr für eine konsequente Reduktionsstrategie. Ich bin aber gegen die Kassandrarufer der GRÜNEN, die wir seit vielen Jahren kennen und mit denen immer wieder die Dinge sofort maßlos überhöht werden. Lassen Sie uns die Dinge nüchtern betrachten.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Nüchtern festgestellt,
haben Sie bis jetzt nichts getan!)

– Sie sollten sich überhaupt nicht an dieser Diskussion beteiligen; denn wer so stark raucht wie Sie, setzt mehr Feinstaub frei als am Mittleren Ring freigesetzt wird.

(Beifall und Lachen bei der CSU – Dr. Sepp Dürr
(GRÜNE): Umso wichtiger ist es, dass Sie auf die
Feinstäube aufpassen!)

Kollege Wörner sagte, die Staatsregierung habe „zurückgerudert“. Ich glaube, Sie haben sich den heutigen Beschluss nicht genau angesehen. Was ist denn die Ausgangslage? – Die Bundesregierung wird seit Jahren – seit 2001 – immer wieder aufgefordert, ein Programm vorzulegen, wie wir das seit den Zeiten von Dr. Friedrich Zimmermann gemacht haben.

Wenn ich den Verkehrssektor herauspicken darf: Seit der Einführung des Katalysators ist es in Deutschland immer nach dem gleichen System gemacht worden. Es gibt einen neuen Grenzwert der Europäischen Union. Dieser muss von der EU noch formell festgesetzt werden. Verheugen redet zwar von diesem Grenzwert, aber er ist noch nicht offiziell festgesetzt. Die Euro-V-Norm für Pkws gibt es formell noch nicht. Wenn es diesen neuen Grenzwert formell gibt, dann kann ein nationales Anreizprogramm in Kraft treten. Dazu haben wir die Bundesregierung seit 2001 immer wieder aufgefordert, weil eine Umsetzung nur national geschehen kann. Bis heute liegt kein aufkommensneutrales Konzept vor.

Herr Kollege Wörner, das, was die Bundesregierung schließlich Anfang des Jahres 2005 vorgelegt hat, war doch von Haus aus ein untauglicher Versuch, indem man

zum ersten Mal einen Vorschlag auf den Tisch gelegt hat, die Maßnahme aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu finanzieren. Das ist noch nie gemacht worden. Auch wenn ich in Ihre Reihen schaue, muss ich sagen: Herr Bundesfinanzminister Eichel lehnt das selbst ab. Es ist überhaupt hoch interessant zu sehen, was in den letzten Tagen in den Medien zitiert worden ist. Clemens sagt: „Alles Unsinn!“, Herr Steinbrück sagt: „Maßlos überzogen!“. Die Bundesregierung hat doch selbst kein in sich schlüssiges Konzept. Vor diesem Hintergrund muss man das sehen, was heute die Bayerische Staatsregierung beschlossen hat: Wir bekennen uns zu einer steuerlichen Anreizwirkung. Wir fordern die Bundesregierung auf, ein Konzept auf den Tisch zu legen, das aufkommensneutral umgesetzt werden kann, das heißt, dass es am Ende nicht aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert wird. Am Ende wird es – wie in den letzten zehn, fünfzehn Jahren auch – von den Autofahrern getragen. Diejenigen, die ältere Fahrzeuge fahren, zahlen etwas mehr, und diejenigen, die in neuere Technologien investieren beziehungsweise ihr Fahrzeug nachrüsten, zahlen etwas weniger. Das ist die Marschrichtung. Genau das – Sie können das hoffentlich nachvollziehen; wir werden bei den Dringlichkeitsanträgen noch darüber reden – habe ich als Bayerischer Umweltminister, Herr Kollege Wörner, vor Tagen und Wochen bereits eingefordert und genau das hat heute das Kabinett beschlossen.

Ich denke, dieses Vorgehen ist ein richtiger und wichtiger Schritt, um das Thema endlich auf den Punkt zu bringen, und zwar noch in diesem ersten Halbjahr. Der Bundesfinanzminister muss ein solches Konzept vorlegen, damit es dann die parlamentarische Beratung durchlaufen kann und Ende 2005 rückwirkend ein solches Programm in Kraft treten kann.

Die zweite Anmerkung, die ich anführen möchte, weil Sie den Eindruck erwecken, die Landesregierungen in Deutschland diskutierten nur über das Thema: Die Bundesregierung hat drei Jahre gebraucht – die Richtlinie ist 1999 durch die EU in Kraft gesetzt und im September 2002 in nationales Recht umgesetzt worden. Damit hat sich Berlin eine Frist von drei Jahren zur Umsetzung genommen, nur um das europäische Recht zunächst in deutsches Recht zu überführen. Dann hat der Bundesumweltminister eine Bundesimmissionsschutzregelung auf den Weg gebracht, die keinerlei Abgrenzung zum Straßenverkehrsrecht vornimmt. Das bedeutet, dass Luftreinhalteplanung und die StVO-Norm nebeneinander stehen. Es gibt in allen 16 Ländern die gleichen Diskussionen. Deshalb haben wir heute klargestellt – Frau Kollegin Paulig, ich will das hinsichtlich Ihrer Anmerkungen sagen; Sie haben erfreulicherweise differenziert und übereinstimmende Positionen hervorgehoben –, dass wir mit diesem Maßnahmenpaket, das wir heute auf den Weg gebracht haben, einen weit reichenden Schritt gemacht haben, um zu weiteren Verbesserungen zu kommen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das hat sie nicht gesagt. Sie hat differenziert, Sie aber nicht!)

Frau Paulig, Sie haben wörtlich gesagt: „Vorschläge liegen auf dem Tisch“. Das ist so aber nicht richtig. Denn auf dem Tisch des Bundes liegt keine Gesetzesinitiative. Auf dem Tisch des Bundes liegt lediglich ein Vorschlag, der

von 250 oder 350 Euro spricht, aber keine Ausformung hat. Es ist kein Entwurf da. Der Bundesfinanzminister schleppt dieses Ding seit Wochen in Berlin umher, ohne auf den Punkt zu kommen. Insofern ist die Aufforderung der Bayerischen Staatsregierung, dass schnell gehandelt werde, berechtigt. Man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen – Herr Kollege Wörner hat es vorhin als Subventionitis gegeißelt –: Wir haben in diesem Lande heute ganz andere politische Herausforderungen, Stichwort: 5,2 Millionen Arbeitslose. Dieses Problem brennt den Bürgerinnen und Bürgern am meisten auf den Nägeln.

Trotz dieser großen Herausforderung und obwohl wir keine neuen Abgaben, neuen Steuern und keine neuen Subventionen wollen, haben wir uns heute für einen Weg entschieden, wonach Kraftfahrern in Deutschland – so wie in den letzten zehn, fünfzehn Jahren auch – ein Anreizprogramm aus der Kraftfahrzeugsteuer gewährt wird, das sich letztendlich aufkommensneutral finanziert. Besitzer von Altfahrzeugen zahlen etwas mehr und die anderen, die neue Technologien nutzen, etwas weniger.

Ferner will ich ganz offen – damit kein Missverständnis im Raum bleibt – zu dem seitens des Bundes nicht geklärten Verhältnis zwischen dem Bundesimmissionsschutzrecht, § 40, und der Straßenverkehrsordnung, § 45, Stellung nehmen. Beide Normen geben eine Rechtsgrundlage für verkehrsbeschränkende Maßnahmen. Das Immissionsschutzrecht findet sich im Luftreinhalteplan wieder und das Straßenverkehrsrecht liegt in der Vollzugskompetenz der Kreisverwaltungsbehörden.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Paulig?

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident, ich würde meine Ausführungen gerne im Zusammenhang zu Ende bringen. Danach werde ich die Zwischenfrage zulassen.

Es handelt sich um eine rechtliche Frage, die in einer politischen Diskussion schwer zu vermitteln ist. Letztendlich hat die Bundesregierung bei Erlass der neuen Immissionsschutzregelung versäumt klarzustellen, welche Regelung – Straßenverkehrsrecht oder Immissionsschutzrecht – vorrangig ist. Beide Normen stehen nebeneinander. Deshalb haben sich die Bezirksregierungen – sowohl in Bayern als auch andernorts – schwer getan, diesen Konflikt zu entscheiden, weil er vom Bund als Normgeber nicht entschieden worden ist.

Wir haben heute als Landesregierung für unser Land klargestellt, dass die Kreisverwaltungsbehörden, die für den Vollzug der StVO zuständig sind, auch bei den Problemen im Zusammenhang mit den Feinstaubemissionen entscheiden können, um zeitnah und maßgeschneidert für die örtlichen Verhältnisse, auf § 45 StVO gestützt, verkehrsbeschränkende und verkehrsleitende Maßnahmen vornehmen können. Ich glaube, dass damit für die weitere Arbeit der kreisfreien Städte – das gilt nicht nur für München, sondern auch für alle Luftbelastungsgebiete und die Bezirksregierungen – eine ganz entscheidende Klarstellung erfolgt ist: Die kreisfreien Städte können von den Möglichkeiten des § 45 StVO Gebrauch machen. Sie wer-

den selbstverständlich von den Bezirksregierungen beraten werden. Selbstverständlich müssen die Maßnahmen geeignet und verhältnismäßig sein, aber die Kommunen können in ihrer Vollzugsverantwortung von den gegebenen Möglichkeiten Gebrauch machen.

Herr Präsident, ich wäre nun bereit, die Zwischenfrage der Frau Kollegin Paulig zu beantworten.

Ruth Paulig (GRÜNE): Wir haben die Debatte zu den rechtlichen Grundlagen des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der Straßenverkehrsordnung auf unseren Antrag hin im Umweltausschuss bereits behandelt. Ist Ihnen bekannt, Herr Staatsminister, dass es der Stadt München von der Regierung von Oberbayern nicht erlaubt worden ist, verkehrsbeschränkende Maßnahmen zur Luftreinhaltung umzusetzen, weil diese derzeit nicht im Luftreinhalteplan enthalten sind? Ist es derzeit möglich, dies sofort, auch wenn die Maßnahmen noch nicht im Luftreinhalteplan stehen, umzusetzen?

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Frau Kollegin Paulig, Sie haben offensichtlich meine eben gemachten Ausführungen nicht aufmerksam genug verfolgt.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Ich habe genau zugehört!)

Ich habe eben klargestellt – ich wiederhole das noch einmal –, dass die von Berlin verursachte Rechtsunsicherheit durch die Beschlussfassung der Bayerischen Staatsregierung für unser Land beseitigt worden ist. Nach dieser Klarstellung können die Kreisverwaltungsbehörden von ihrer Zuständigkeit nach der StVO Gebrauch machen und zum Schutz der Bevölkerung auch verkehrsleitende bzw. verkehrsbeschränkende Maßnahmen vornehmen, und zwar unabhängig von den Luftreinhalteplänen.

(Susann Biedefeld (SPD): München wollte doch nichts anderes!)

Die Kommunen müssen sich zunächst selbst ein Bild davon machen, ob die Maßnahmen geeignet und verhältnismäßig sind.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Warum nicht gleich so?)

Sie müssen das am Ende mit der Bezirksregierung als Rechtsaufsichtsbehörde abklären.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Das bedeutet, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir setzen alles daran, mit einem langfristig angelegten und umfassend konzipierten Maßnahmenbündel – wie es Kollege Müller gesagt hat – die Feinstaubemissionen zu reduzieren. Hier ergreift der Freistaat Maßnahmen und versetzt die Kommunen in die Lage, kurzfristig vor Ort maßgeschneiderte Konzepte entwickeln und umsetzen zu können. Damit sind die Weichen gestellt, um eine der letzten großen Herausforderungen in Sachen Luftreinhaltung zu bewältigen; Schwefel ist gemeistert, Benzol ist gemeis-

tert, Blei ist gemeistert und Kohlenmonoxid ist gemeistert. Wir erfüllen heute schon die strengen Grenzwerte von 2010. Es bleiben die Feinstaubbelastung und die Stickoxidbelastung, aber auch hier werden wir genauso energisch und konsequent vorgehen wie bei den anderen Belastungen.

Ich würde es mir als Landeshauptstadt München nicht gefallen lassen, wenn Verbändevertreter von einer schmutzigen oder gar der schmutzigsten Stadt Deutschlands sprechen. München ist eine schöne Stadt, und sie ist auch eine saubere Stadt. Wir sollten alles daran setzen, an dieser Stelle mit der Bekämpfung des Feinstaubes das Tüpfelchen auf das „i“ zu setzen, indem wir die Feinstaubbelastung unter die Grenzwerte drücken.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Wir kommen nun zur eigentlichen Tagesordnung.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der CSU vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema **„Schluss mit über fünf Millionen Arbeitslosen in Deutschland! – Vorfahrt für Arbeitsplätze durch Perspektiven für Wachstum.“** beantragt. In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält eines ihrer Mitglieder zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Gesamtredzeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält eine Fraktion auf Antrag für eines ihrer Mitglieder zusätzlich fünf Minuten Redezeit.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, auf mein Signal zu achten, und ich bitte auch, auf die Uhr zu schauen. Nachdem keine Abstimmung erfolgt, werden wir die Aktuelle Stunde noch durchführen, auch über 18.00 Uhr hinaus, damit wir sie abschließen können.

Als Erster hat sich Herr Kollege Dr. Bernhard zu Wort gemeldet.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, weil sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland immer dramatischer entwickelt. Auch im März dieses Jahres hatten wir knapp 5,2 Millionen Arbeitslose; das ist die höchste Arbeitslosenzahl, die es jemals in der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat. Dies ist ein absoluter Negativrekord, der uns sehr zu denken geben muss; denn die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit sind gravierend. Ebenso gravierend sind die Folgen für die Sozialversicherung, wenn man einmal von der Bevölkerungsentwicklung absieht. Sie sind die wesentliche Ursache für die Schwierigkeiten, die wir hier haben. Gestern ist die Meldung durch die Presse gegeistert, dass es zum ersten Mal Rentenkürzungen geben werde, und auch die Pflegeversicherung läuft total aus dem Ruder.

Das ist die mieseste Bilanz in Europa. Wir haben gestern von der EU-Kommission bescheinigt bekommen, dass das Wachstum nicht 1,6 % betragen wird, sondern lediglich 0,8 % – das ist genau die Hälfte –, mit den damit zu erwartenden Ausfällen beim Steueraufkommen und den sich daraus ergebenden Folgen für die öffentlichen Haushalte.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, die im Bund die Regierung stellen, stellen Konjunkturprognosen auf, die nur vom Prinzip Hoffnung getragen sind und die im Lichte der wirtschaftlichen Realität der Bundesrepublik Deutschland zerrinnen. Sie haben in dieser Frage nun wirklich jede Glaubwürdigkeit und auch das Vertrauen der Bürger verloren. Die Vertrauenskrise in Deutschland ist eine ganz wesentliche Ursache für die Konsumzurückhaltung und die Schwierigkeiten, die wir auf diesem Feld in Deutschland haben.

(Beifall bei der CSU)

Sie betreiben jedes Mal, wenn die Zahlen bekannt werden, nichts anderes mehr als Gesundbetelei. Herr Clement ist zu einer Art „Clementine“ – daran erinnern Sie sich vielleicht noch – verkommen, der nur noch mit politischer Waschmittelwerbung versucht, Reformen zu vermeiden.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ein echter Brüller! Haben Sie heute Humor oder was?)

Die politische Landschaft ist in Bezug auf dieses Thema übersät mit gebrochenen Versprechen. Ich habe jetzt keine Zeit, all das zu wiederholen, was Sie seit 1998 geäußert – oder besser: verzapft – haben, ohne dass sich irgendetwas verändert hat.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Und was ist mit Stoiber? – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der Stoiber wollte die Arbeitslosigkeit halbieren! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Nicht Herr Stoiber, sondern Herr Schröder hat damals gesagt, er wolle nicht wieder gewählt werden, wenn er die Arbeitslosenzahl nicht auf 3,5 Millionen zurückschrauben könnte. Auch dieses Versprechen hat er leider gebrochen. Herr Schröder hat zum Jahresende sogar gesagt, er habe alles getan. Ein solches Armutszeugnis hat sich bisher noch kaum jemand in der Bundesrepublik ausgestellt. Das war der Wechsel von der ruhigen zur abgeschlaferten Hand und letztlich die Kapitulation vor den Problemen, die wir in Deutschland bei diesem Thema haben.

Was tun Sie nun? Mit kaum mehr zu überbietender Lächerlichkeit haben Sie damals im Französischen Dom in Berlin Hartz IV inszeniert. Herr Hartz sprach damals vom „Masterplan“, mit dem die Arbeitslosigkeit innerhalb von drei Jahren halbiert werden könne. Wo wir heute stehen, wissen wir alle. Die Maßnahmen sind im Wesentlichen gescheitert. Sie aber tragen Hartz IV nach wie vor als Monstranz vor sich her, um nichts auf dem deutschen Arbeitsmarkt tun zu müssen.

Die Bundesagentur wird weiter von Krisen, Fehlgriffen und Versagen geschüttelt und erschüttert; die Instrumente sind nicht annähernd erfolgreich. Sie haben immer noch nicht begriffen – das ist das Schlimmste –, dass Hartz IV keinen einzigen Arbeitsplatz in Deutschland schafft und allenfalls, wenn es funktionieren würde, eine bessere Verwaltung der Arbeitslosigkeit ermöglichte.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

– Frau Kollegin, wir erleben weiterhin eine Deindustrialisierung in Deutschland und eine Abwanderung von Arbeitsplätzen, die dramatisch ist. Es sind 1000 Arbeitsplätze pro Monat und mehr. Der Job-Gipfel hat Sie kurzfristig aufgescheucht, aber heute hören wir wenig, wie das Ganze umgesetzt werden soll.

Wir sind nach einer Schweizer Untersuchung zur Regulierung des Arbeitsmarkts auf dem schlechten Platz 59 von 60 möglichen Plätzen. Was haben Sie auf dem Job-Gipfel dagegen getan? – Überhaupt nichts! Sie haben sich nicht bereit erklärt, auch nur einen der Vorschläge aus unserem 10-Punkte-Programm, das wir konkret vorgelegt haben, aufzugreifen. Ob Tarifrecht oder Teilzeitrecht, Sie haben sich bei all diesen Vorschlägen geweigert, etwas zu tun. Sie tun nichts. Sie ignorieren unsere Vorschläge und tragen Ihre Handlungsstarre, die Sie in diesem Bereich auszeichnet, auf dem Rücken der Arbeitslosen in Deutschland aus.

Zu einer Unternehmens- und Erbschaftsteuerreform sind Sie hingepöbeln worden. Auch da haben Sie sich bis zuletzt geweigert, etwas zu tun. Ich hoffe, dass Sie nun bald Vorschläge dazu vorlegen, wie eine aufkommensneutrale Reform – das muss es sein – zustande kommen kann. Es ist das für uns eine unumgängliche Voraussetzung. Alle Möglichkeiten, wie dies geschehen könnte, sind längst diskutiert worden. Tun Sie etwas! Legen Sie etwas vor! Wir haben unsere Kooperationsbereitschaft in dieser Frage zugesagt.

Auf dem Job-Gipfel ist ein bescheidener Bürokratieabbau vereinbart worden, aber was tun Sie? Ehe eine einzige Vorschrift abgebaut ist, legen Sie den Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes vor, der nichts anderes ist, als ein Bürokratiemonster, eine Maßnahme mit übereifrigem gesellschaftspolitischem Engagement, das weit über die EU-Richtlinie hinausgeht.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und was haben Sie auf diesem Gebiet getan?)

Ihr Entwurf bringt weitere Regulierungen und Bevormundungen. Sie sollten den Entwurf schnellstmöglich auf das zurückführen, was die EU verlangt und sollten schnell handeln, aber nicht mehr tun.

(Christa Steiger (SPD): Und was haben Sie in den letzten drei Wochen gemacht? Wo waren Sie? Was haben Sie denn gelesen?)

Meine Damen und Herren, Sie haben den Stabilitätspakt ausgehebelt, auch wenn das 3-%-Kriterium noch besteht, da Sie dieses nicht abschaffen konnten, weil es im Vertrag

festgelegt ist. Die Bundesbank hat Sie eindringlich davor gewarnt, und auch viele Ökonomen haben davor gewarnt, weil die Schulden von heute die Steuern von morgen oder die Inflation von morgen sind. Es wird die Wachstumschancen, die wir heute in Deutschland haben, weiter beeinträchtigen, wenn es Ihnen jetzt möglich wird, hemmungslos Schulden zu machen, ohne dass irgendwelche Sanktionen zu befürchten sind.

Sie sind auch in vielen anderen Bereichen ein ausgesprochenes Standorthindernis in Deutschland. Sie haben es verstanden, die Liberalisierung des Strommarktes und die erhofften Vorteile durch administrative Belastungen wieder vollständig kaputtzumachen. Sie bekämpfen die Gentechnik – siehe zuletzt Frau Künast –, führen Kreuzzüge gegen Genmais und vertreiben Forschung und Arbeitsplätze in diesem Bereich aus Deutschland.

(Zuruf von den GRÜNEN: Gott sei Dank!)

Sie haben gegen die Neutronenquelle in München bis zuletzt gekämpft. Sie kämpfen weiter gegen das hoch angereicherte Uran. Sie lassen sich vor der Karren der Amerikaner spannen, die ihre Anlagen natürlich mit hoch angereichertem Uran betreiben.

Sie stehen auf den Barrikaden, wenn es um Infrastrukturmaßnahmen geht. – Da schütteln Sie den Kopf. – Sie sind jeweils dagegen. Hier wurde der Autobahnsüdring angesprochen, und es wurde die A 99 angesprochen. Ich nenne auch den Mittleren Ring in München. Sie sind jedes Mal dagegen, wenn es um den Ausbau von Infrastruktur geht.

Die Investitionsquote wurde massiv heruntergefahren. Damit beschädigen Sie die Anstoßwirkung der öffentlichen Haushalte in Bezug auf Wirtschaft und Arbeitsplätze.

Sie sollten endlich begreifen – das ist ganz wichtig –, dass es nicht um Umverteilung, sondern um die Schaffung von Arbeitsplätzen geht. Sozial ist das, was Arbeitsplätze schafft. Das müssen Sie endlich lernen. Nehmen Sie zur Kenntnis – das ist doch die Dramatik –, dass sich die Wettbewerbssituation der Bundesrepublik ständig weiter verschlechtert, wenn man sie mit anderen Ländern vergleicht. Viele Länder in Europa haben uns inzwischen überholt, was Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit anlangt, weil Sie sich nicht bewegen.

Sie blockieren mit Ihrem Verhalten unser ökonomisches und technologisches Potenzial, das wir in Deutschland haben könnten. Dies ist das Schlimme an der Sache.

Tun Sie endlich etwas. Bewegen Sie sich, damit wir die dramatische Entwicklung, die wir auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen haben, im Interesse derer stoppen können, die Arbeit in Deutschland suchen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Bernhard.

Die nächste Wortmeldung für die SPD-Fraktion kommt von Frau Kollegin Dr. Kronawitter.

Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es stimmt: die Arbeitslosigkeit ist die Herausforderung in unseren Jahren. Ich sage aber auch: Die hohe Sockelarbeitslosigkeit war auch schon die Herausforderung für die Kohl-Regierung in 16 Jahren. Bitte schauen Sie nach. Damals waren Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, sehr zurückhaltend.

Herr Kollege Bernhard, wenn man Ihnen zugehört hat, hat man gedacht: Entweder sind Sie autistisch oder ignorant,

(Zuruf von der SPD: Beides!)

weil Sie nicht wahrnehmen, was tatsächlich an politischem Geschehen in der letzten Zeit passierte und was an Maßnahmen verabredet wurde.

Ich erinnere an die Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder vom 17. März und an den Job-Gipfel vom gleichen Tag. Ich erinnere – offensichtlich haben Sie auch das ignoriert – an die Kommentare von damals. Zum Beispiel hat das Ifo-Institut am gleichen Tag eine Presseerklärung herausgegeben: Bundeskanzler Schröder hat heute gute Vorschläge zur Verbesserung des Standortes Deutschland gemacht.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Der „Münchner Merkur“ sprach sogar von einem „Glücksfall für den Mittelstand“ und hat sich dabei auf Zitate führender bayerischer Wirtschaftsvertreter berufen. Auch das ist ein Beleg dafür, dass es anders wahrgenommen wird, als Sie hier dargestellt haben.

Ich erinnere noch einmal an die Rede von Bundeskanzler Schröder vom 17. März. Er hat dargestellt, was passierte. Dabei hat er sich auf die Agenda 2010 bezogen. Er hat sehr ausführlich dargelegt, was nun an weiteren Schritten erfolgen sollte, und am gleichen Tag wurde das dann auf dem Job-Gipfel verabredet.

Jetzt registrieren wir, dass offensichtlich Merkel und Stoiber Rückzugsgefechte vornehmen, damit es nicht möglich wird, dass das, was verabredet wurde, umgesetzt werden kann. Das nenne ich eine Sonthofener Strategie.

(Beifall bei der SPD)

Weil die Zeit jetzt nicht reicht, beschränke ich mich auf Stichworte. Es wurde ein Investitions- und Innovationsprogramm für den Mittelstand verabredet. Dafür sollen 2 Milliarden Euro als zusätzliche Förderung zur Verfügung stehen. Außerdem soll ein Gesetz für PPP demnächst vorgelegt werden. Aber machen Sie in Bayern dann auch Ihre Hausaufgaben, wenn es um Public Private Partnership geht. Da zögern Sie, obwohl hier viel Geld bewegt werden könnte, damit die Investitionen schnell vorgenommen werden können.

Ich erinnere weiter daran, dass der Bundeskanzler gesagt hat, die Erbschaftsteuerstundung sollte erfolgen, wenn die Länder das wollten. Auch das ist mittelstandsfreundlich. Ich denke, Sie werden in den Ländern, die von Ihrer Schwesterpartei regiert werden, das Nötige dafür tun, dass das jetzt in Gang kommt.

Ich erinnere daran, dass die Körperschaftsteuer von 25 auf 19 % gesenkt werden soll, wenn die Gegenfinanzierung möglich ist. Ich sage ausdrücklich: wenn Konzerne Jobs und Fabriken ins Ausland verlagern, dann sollten diese Kosten nicht mehr beim Deutschen Fiskus geltend gemacht werden, sondern dort, wo die Arbeitsplätze entstehen. Damit hätten wir hier eine Gegenfinanzierung.

(Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Das ist praktisch nicht durchführbar! Fragen Sie doch Herrn Eichel!)

– Wenn das von Fachleuten so diskutiert wird, zum Beispiel von dem Steuerexperten Jarras, dann haben diese Leute sehr wohl eine fundierte Meinung dazu. So brauche ich nicht Politikerinnen und Politiker zu zitieren. Ich habe jetzt den Namen des Herrn Jarras genannt.

Herr Bernhard, Sie haben wieder davon gesprochen, dass eine Liste von Vorschlägen auch auf dem Job-Gipfel vorgelegt wurde. Da ging es darum, Arbeitnehmerrechte abzubauen. Es ist ein Märchen, wenn Sie immer wieder sagen, der Kündigungsschutz sollte gelockert werden, weil es dann zu mehr Einstellungen käme. Der Kündigungsschutz ist längst gelockert. Dennoch kommt es nicht zu mehr Einstellungen.

Ich fasse zusammen. Die Arbeitslosigkeit ist kurzfristig nicht zu bewältigen – das wissen Sie und alle anderen –, weil die Maßnahmen nur mittelfristig greifen.

Ich sage erstens: Zerreden Sie nicht das Vertrauen, zerreden Sie nicht die Konjunktur. Zweitens möchte ich, wenn es die Präsidentin genehmigt, etwas zitieren.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, für Sie wurden keine zehn Minuten beantragt. Sie haben mittlerweile schon sieben Minuten geredet.

Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Ich bitte um Nachsicht, dass ich überzogen habe. Es tut mir leid, dass ich das Zitat von Herrn Wiesheu nicht mehr bringen darf, der gesagt hat: Die Beschäftigungswende ist erreicht.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank.

Die nächste Wortmeldung für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN kommt von Kollegen Hallitzky. Er hat für zehn Minuten das Wort.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Laut Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, liegt die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in Deutschland bei 9,6 % gegenüber 8,8 % im EU-Durchschnitt. Beide Quoten sind im Jahresvergleich konstant geblieben.

Ich weise darauf einleitend ausdrücklich hin, weil seitens der CSU so getan wird – Sie, Herr Bernhard, haben es eben auch wieder getan –, als hätte der Anstieg der Arbeitslosenzahlen etwas mit schlechter Politik zu tun. Das ist nicht so. Der Anstieg hat mit mehr Ehrlichkeit in der Statistik und in der Politik zu tun. Die Höhe können wir berechnen, wie wir wollen. Sie kommen sogar auf 10 Millionen, wenn Sie alles einbeziehen. Aber die Vergleichbarkeit der Zahlen zeigt, dass sich die Arbeitslosigkeit insgesamt in ihrer Höhe im letzten Jahr nicht verändert hat. Das sollten Sie bei Ihrer Agitation hin und wieder bedenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ändert aber nichts daran, liebe Frau Kollegin Goderbauer, dass wir uns alle zu Recht tiefe, große Sorgen über das Schicksal der Millionen Arbeitslosen machen. Deshalb hat auch die rot-grüne Bundesregierung mit ihren arbeitsmarktpolitischen Reformen den fast zwei Jahrzehnte anhaltenden Stillstand der Ära Kohl beendet. Das war und ist gut so. Wir wollen eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik, Frau Dodell. Wir wollen, dass mit der Verwaltung von Arbeitslosigkeit, die Sie jahrzehntelang praktiziert haben, Schluss ist und die Menschen aus der Hoffnungslosigkeit herausgeführt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Unsere Initiativen hinsichtlich aktivierender Arbeitsmarktpolitik entsprechen im Übrigen auch dem, ziemlich wortgleich sogar dem, was die OECD für einen aktivierenden Arbeitsmarkt empfiehlt, falls Sie auch dies zur Kenntnis nehmen mögen.

Wir wollen nicht, dass junge Sozialhilfeempfänger, die arbeitsfähig sind – ich denke da an über 100 000 Jugendliche, die das betrifft –, bevor sie überhaupt richtig ins Arbeitsleben eintreten, in einer Sackgasse der Hoffnungslosigkeit enden. Wir wollen, dass diese jungen Menschen einen Anspruch darauf haben, innerhalb von drei Monaten einen Ausbildungsplatz zu bekommen oder eine Arbeit zu erhalten. Das ist ein entscheidender Ansatz im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und gegen Hoffnungslosigkeit einer jungen Generation.

Im Sinne einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik wollen wir die Zuverdienstmöglichkeiten für Bezieher von Arbeitslosengeld II verbessern, liebe Frau Dodell. Das haben Sie im Vermittlungsausschuss blockiert. Wegen Ihrer Blockade sind wir heute in dem Dilemma, dass wir weniger Arbeitsplätze haben, als wir haben könnten. Das ist Ihre Verantwortung!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie wollen – so ist der Titel der heutigen Aktuellen Stunde – Vorfahrt für Wachstum und definieren das, frei übersetzt, so: Wenn sich die Politik den kurzfristigen Gewinninteressen der Unternehmen unterordnet, wird es schon passen mit dem

wirtschaftlichen Erfolg und in der Folge mit Arbeitsplätzen. Hinten herum versprechen Sie sich das.

Ich sage Ihnen, das ist eine gefährliche Ideologie. Wir sind hier keine Vertreter einer Deutschland- oder einer Bayern-AG, wir sind die gewählten politischen Repräsentanten, die sich auch und gerade um die Sorgen und Ängste von Menschen Gedanken machen und Lösungen anbieten müssen. Deshalb gibt es für uns GRÜNE die Förderung ökonomischer Freiheit nur unter den Bedingungen einer sozialen Demokratie und unter der Akzeptanz ökologischer Grenzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden uns deshalb nicht von dem sozialen Gerechtigkeitsanspruch und vom Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit verabschieden – im Übrigen auch deshalb nicht, weil sozialer Ausgleich und ökologische Nachhaltigkeit langfristig ökonomisch ebenfalls der klügere Weg sind. Sie sind zentrale Voraussetzungen für Wohlstand und Wachstum und auch für neue Arbeitsplätze.

Kommen wir noch einmal zum Thema Nachhaltigkeit: Wenn man Ihre Verlautbarungen liest und hört, mit welcher Verve Sie auf die GRÜNEN eindreschen, könnte man geradezu meinen, umweltpolitische Maßnahmen seien die Wachstumsbremse schlechthin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Gegenteil ist richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Umwelt ist heute einer der entscheidenden Produktions- und Arbeitsplatzfaktoren. Sie dagegen fahren Kampagnen gegen die erneuerbaren Energien. Sie wollen Energiepreise senken, dem Klimaschutz Ade sagen. Die exzellente Politik, um einen von Ihnen überstrapazierten Begriff zu verwenden, von Rot-Grün im Bund ist der Grund dafür, dass wir in Deutschland heute unbestritten weltweiter Vorreiter auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien sind.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Das schafft auch Arbeitsplätze. Es schafft grüne Arbeitsplätze für die Zukunft. Deshalb ist der Weg, den wir in der Energiepolitik gehen, richtig, ökologisch nachhaltig und ökonomisch erfolgreich.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): 5,2 Millionen Arbeitslose!)

Nicht nur mit der Gesundheitsreform, sondern auch mit der Einführung der ökologisch-sozialen Steuerreform, lieber Herr Kreuzer, haben wir Spielräume für die Senkung der Lohnnebenkosten geschaffen. Sie reden doch ganz gern davon. Deshalb darf ich an dieser Stelle eine oder zwei Zahlen nennen: In den Jahren des Reformstillstandes der CDU/CSU-Bundesregierung von 1982 bis 1998 sind die Lohnnebenkosten in Deutschland von 34 auf 42 % gestiegen. Sie haben zusätzlich die Kosten der deutschen Einheit auf dem Rücken der Arbeitnehmer und ihrer Arbeitsplätze abgeladen. Diese Finanzierung des Aufbaus Ost mindert seither nachhaltig auch das Wachstum in Deutschland. Und jetzt fordern Sie uns auf, die Lohn-

nebenkosten zu senken und mehr für Wachstum zu tun. Das hat mit Glaubwürdigkeit nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Senkung der Lohnnebenkosten ist diese rot-grüne Regierung als erste Regierung im Bund angegangen. Mit Hilfe der Ökosteuer sorgen wir nicht nur dafür, dass die Umwelt geschont wird, sondern auch dafür, dass der Rentenbeitrag unter 20 % bleibt.

Wie wollen Sie denn die Lohnnebenkosten senken? Sie schlagen vor, bei den Förderprogrammen für Arbeitslose 11 Milliarden Euro einzusparen, um die Kosten der Arbeitslosenversicherung um 1,5 Prozentpunkte zu senken. Wissen Sie eigentlich, dass Sie dabei über Hunderttausende Betroffene reden, die Sie nach Hause schicken wollen? Eine solche Politik, die allein bei den kleinen Leuten ansetzt und allein von den Kleinen Solidarität fordert, machen wir nicht mit.

(Zurufe von der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wir haben reagiert!)

Einig sind wir uns in der Absicht, die Bildung zu fördern – wir mit Taten, Sie mit Worten. Es kann doch nicht sein, dass unsere wichtigste Ressource, die nächste Generation in Bayern, vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die Bundesregierung sollte zurücktreten!)

Das finnische Schulsystem wäre sicherlich eine nähere Bewertung wert, aber egal, welche Schulform und -reform wir haben – wenn wir in die Aus- und Fortbildung, in die individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler nicht mehr investieren, dann – das ist ein sehr greifbares Ergebnis von Pisa – werden wir im europäischen Vergleich nicht aufholen. Deswegen müssen mehr Mittel in diesen Bereich fließen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn das richtig ist, dann kann ich mir nur an den Kopf fassen, wenn in der Diskussion über eine Steuerreform gefordert wird, die Eigenheimzulage nicht abzuschaffen. Wir wollen die Eigenheimzulage abschaffen und die dadurch frei werdenden Mittel in Bildung und Ausbildung fließen lassen. Wir wollen in unsere Zukunft investieren und Sie in Beton.

Wir sind die Modernisierer. Denken Sie nur an die Arbeitsplätze, die die Deregulierung der Handwerksordnung – gegen Ihren Lobbyismus – geschaffen hat.

Im Übrigen noch ein Satz zu Ihrer ideologiegetränkten Fehlsicht, dass die Gewerkschaften in Deutschland betriebliche Bündnisse verhindern und die Flexibilität des Arbeitsmarktes über Gebühr einschränken würden.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Darüber haben wir an anderer Stelle schon debattiert, deshalb nur einen Satz dazu: Es gibt nicht einen einzigen

Grund für einen staatlichen Eingriff in das bestehende Tarifsystem, weil dieses flexibel ist!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend noch einen ganz kurzen Blick auf das werfen, was Sie in Ihrem eigenen Wirkungskreis in Bayern tun. Zwischen 1998 und 2004 lag Bayern in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit auf Platz 13 unter 16 Bundesländern, übrigens weit hinter NRW. Während sich die Arbeitslosenquote in Bayern ungefähr um ein Drittel erhöhte, blieb sie in Baden-Württemberg weitgehend konstant. Es ist doch nur unser niedrig ererbtes Niveau aus einer Zeit, als Bayern jahrzehntelang mit Mitteln des Länderfinanzausgleichs aufgepäppelt und modernisiert wurde. Das war die Gnade der späten Geburt, der nachholenden Entwicklung in Bayern, dass sich Bayern hinsichtlich des Standes der Arbeitslosigkeit überhaupt noch im Vordergrund befindet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern stand vor zehn Jahren weit an der Spitze. Seither haben Stoiber und seine CSU den Vorsprung kontinuierlich verspielt, allen Privatisierungsmilliarden zum Trotz, die mit größter Geste in den Wind geschossen wurden zugunsten zweifelhafter Großprojekte, ausgewählt vom Wirtschaftsweisen Stoiber.

(Widerspruch bei der CSU)

Ich denke nur an die Milliarden für Kirch. Dagegen erhielten die arbeitsplatzintensiven kleinen und mittleren Unternehmen allenfalls Brosamen.

(Unruhe bei der CSU – Glocke der Präsidentin)

In Ihrem eigenen Wirkungskreis zeigen Sie doch überdeutlich, dass Sie unfähig sind, die Zahl der Arbeitslosen zu reduzieren. Hier zeigt Stoiber, dass er es nicht kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Ich könnte noch etwas über die regionalen Verwerfungen, die regionalen Wachstumsschwächen, die Sie auch nicht in den Griff bekommen, erzählen, aber das Blinken verdeutlicht mir freundlicherweise das Ende meiner Redezeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre bayerische Arbeitsmarktpolitik ist erbärmlich schwach.

Deswegen sollten Sie, anstatt hier im Plenum den großen Bundespolitiker zu mimen – dazu ist unser Landtag eigentlich nicht da –, im Interesse der strukturschwachen Regionen und unserer bayerischen Arbeitslosen in Bayern endlich Ihre Hausaufgaben machen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung für die CSU-Fraktion: Herr Kollege Unterländer. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Unterländer (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hallitzky, es ist nicht anders möglich, als zur einen oder anderen Aussage von Ihnen etwas zu sagen. Ich möchte mich auf zwei Punkte beschränken:

Erstens: Ökosteuer. Wenn Sie diese als zukunftsweisen- des Konzept ansehen, die sozialen Sicherungssysteme zu retten und die Lohnnebenkosten zu stabilisieren, muss ich Ihnen sagen: Dann fehlt Ihnen das, was die GRÜNEN für sich so gerne in Anspruch nehmen, nämlich vernetztes Denken. Wenn Sie die Wirkungen der Ökosteuer vergessen, nämlich dass die Belastungen für Schwächere und Familien wesentlich größer als die positiven Effekte sind, die Sie erreichen, frage ich Sie, was Sie damit politisch bewirken wollen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wer hat Ihnen das ausgerechnet? – Weiterer Zuruf von den GRÜNEN: Blödsinn! – Zurufe von der SPD)

Zweitens: Sie sagen, Sie investieren mit der Eigenheimzulage in Beton. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Damit konterkarieren Sie die Bemühungen vieler Menschen, die eine Alterssicherung und für ihre Familien ein geborgenes Heim erreichen wollen, das über alle wirtschaftlichen Nöte hinweg stabilisiert wird.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Die Alterssicherung ist einer der wesentlichen Punkte der Eigenheimzulage. Ich frage mich, was Sie erreichen wollen, wenn Sie die Eigenheimzulage streichen. Das ist der politisch falsche Weg.

(Zuruf von der SPD: Wenn Sie könnten, hätten Sie sie längst gestrichen!)

Die Arbeitslosigkeit hat für den einzelnen Betroffenen, für seine Familie, aber auch für die Gesellschaft und die sozialen Sicherungssysteme extrem negative Auswirkungen. Knapp 230 Milliarden Defizite für die sozialen Sicherungssysteme und für die Volkswirtschaft dürfen eines nicht in den Hintergrund drängen: Immer mehr Beschäftigte auch in angeblich zukunftssicheren Bereichen sind von Arbeitslosigkeit bedroht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Allerdings sind manche Entwicklungen vor dem Hintergrund stark steigender Gewinne bei den Großkonzernen nicht nachvollziehbar; auch das darf ich bei dieser Gelegenheit einmal sagen. Wer zweistellige Milliardengewinne macht und gleichzeitig Arbeitsplätze abbaut, der handelt zumindest volkswirtschaftlich nicht richtig.

(Zuruf von der SPD: Ich denke, es sind Ihre Freunde!)

Es geht aber vor allen Dingen um die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe. Hier müssen auf dem deutschen Arbeitsmarkt vielfältige Einstellungs- und Einstellungs- hindernisse abgebaut werden.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, einen Augenblick bitte; der Lärmpegel wird immer höher.

(Zuruf von der CSU: Bei den GRÜNEN!)

– Insgesamt im Hohen Haus. Ich bitte zum einen, die Plätze einzunehmen, und zum anderen, aufeinander Rücksicht zu nehmen. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Unterländer (CSU): Die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für betriebliche Bündnisse für Arbeit im Tarifrecht und in der Betriebsverfassung, die Verbesserung der Hinzuverdienstregeln für Minijobs im Rahmen von Hartz IV statt einer Ausweitung der Ein-Euro-Jobs im zweiten Arbeitsmarkt, die rechtliche Klarstellung im Tarifvertragsgesetz, dass Langzeitarbeitslose bis zu einem Jahr zu einer Entlohnung von 10 % unter dem Tarif einsteigen können, die Modernisierung des Kündigungsschutzes für Neueinstellungen und der Erlass eines Freistellungsgesetzes, wonach Kleinbetriebe bis zu 20 Mitarbeitern weitgehend von bürokratischen Vorgaben des Arbeitsrechts freigestellt werden, wären hierzu klare Signale. Und diese klaren Signale sind für diese Betriebe in der Tat auch weiterhin erforderlich – auch nach dem Beschäftigungsgipfel –, weil sie nicht nur im Freistaat Bayern, sondern bundesweit die meisten Arbeitsplätze schaffen, aber von der Politik dieser Bundesregierung zutiefst benachteiligt werden.

Beobachtet man den Umsetzungsprozess von Hartz IV, so stellt man fest, dass wesentliche Verbesserungen und Entlastungen für den Arbeitsmarkt, aber auch eine Steigerung der Chancen für die Arbeitslosen, bisher noch nicht erreicht wurden.

Die Träger von Beschäftigungsinitiativen, insbesondere die Gewerkschaften und die Wohlfahrtsverbände, beklagen, dass sie gerade bei den regionalen Arbeitsgemeinschaften von den Arbeitsagenturen zu wenig berücksichtigt werden. Wir müssen in diesem Zusammenhang klar den Grundsatz sehen: Hartz IV schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern muss denjenigen, die aufgrund des bisherigen Systems auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Chancen zur Integration hatten, wieder Möglichkeiten beschaffen. Deshalb ist der Grundsatz „Fördern und fördern“ besser umzusetzen.

Wenn aber die Arbeitsgemeinschaften, zum Beispiel wie in München, für einen Vorgang, für den sie früher auf der EDV-Ebene zehn Minuten gebraucht haben, jetzt 60 bis 70 Minuten brauchen, zeigt sich, dass zu viel Zeit in die Bürokratie statt in die Förderung der Arbeitslosen investiert wird. Ein Fallmanager betreut derzeit in München 120 bis 140 Menschen, weil andere Vermittler erst noch geschult werden. Ich frage mich: Ist das fördernd und fordernd?

Auch 90 Personalvermittler sind zu wenig. Wenn die Förderung gerade von hier besonders schwer integrierbaren jugendlichen Arbeitslosen so aussieht, dass von rund 4000 Betroffenen 300 Betroffene zu Gruppeninfos eingeladen worden und 50 Betroffenen in Coachings oder Orientierungsseminaren vermittelt werden, ist für mich klar: Bei Hartz IV stehen wir noch am Anfang eines großen Veränderungsprozesses, der beschleunigt durchgezogen werden muss.

Es ist Zeit – und damit komme ich zum Schluss –, Hartz IV im Sinne der eigentlichen Zielsetzungen im Interesse der Langzeitarbeitslosen umzusetzen, statt in unproduktiven Ein-Euro-Jobs Verlagerungen aus dem regulären Arbeitsmarkt vorzunehmen. Ich glaube, nur dann, wenn wir hier Verbesserungen erreichen, hat Hartz IV auch Erfolg.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wahnschaffe. Bitte schön, Herr Kollege!

Joachim Wahnschaffe (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich war gestern bei einer Betriebsbesichtigung in einem großen internationalen Unternehmens. Dabei erklärte mir der österreichische Werkleiter des deutschen Standortes erstaunt, er lese sowohl deutsche als auch österreichische Zeitungen und müsse immer wieder feststellen, dass sowohl in Deutschland als auch in Österreich Wirtschaftsnachrichten, die denselben Sachverhalt betreffen, sehr unterschiedlich dargestellt und kommentiert würden. Obwohl Österreich ähnlich schlechte Ergebnisse hat, gewinne man in Österreich selbst dem Thema Pisa noch positive Ergebnisse ab und lese man zum Beispiel in der Überschrift: Mit 15 schon Doktor!

(Zurufe von der CSU)

Bei uns wird dieses Thema – erst recht in Bezug auf die Wirtschaft – ganz anders gehandhabt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Was die heute von Seiten der CSU gemachten Aussagen betreffen, frage ich mich, warum Sie diese Aktuelle Stunde zu diesem Thema eigentlich beantragt haben. Wir haben in den letzten Plenarsitzungen Dringlichkeitsanträgen der Fraktionen der CSU und der SPD behandelt, dabei konnten wir uns darüber wesentlich ausführlicher austauschen.

Herr Kollege Bernhard, es tut mir Leid. Aber Sie brachten kein neues Argument, sondern haben nur das referiert, was längst bekannt ist. Sie haben hier nicht einen einzigen konkreten Vorschlag gemacht, was wir hier als Bayerischer Landtag oder was die Bayerische Staatsregierung tun kann, in Bayern 580 000 Arbeitslosen eine neue Perspektive zu geben. Wir brauchen nicht den larmoyanten Ton, den Sie heute wieder angeschlagen haben und der nichts anderes bewirken soll, als die Bundesregierung schlecht zu machen. Damit helfen Sie keinem Arbeitslosen in Bayern und keinem Arbeitslosen in Deutschland.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Was wir brauchen, ist die konsequente Umsetzung der Reformen der Agenda 2004 und 2010. Was wir am allerwenigsten brauchen, ist eine Debatte, die sich nur in Schuldzuweisungen ergeht. Wenn es denn richtig ist, dass die Wirtschaft auch davon lebt, dass die richtige Psychologie und die richtige Gemengelage herrschen, muss ich Ihnen sagen: Sie tun genau das Gegenteil, in-

dem Sie nicht Benzin, sondern Wasser in den stotternden Motor gießen, um ihn nur ja nicht zum Laufen zu bringen.

Meine Damen und Herren, wir müssen zusehen, dass wir die Agenda 2010 umsetzen. Herr Kollege Unterländer, die Arbeitsmarktreform ist gerade zwei Monate alt – ich betone, das ist die größte Arbeitsmarktreform in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland –, und Sie fordern schon Ergebnisse ein. Es gibt solche Ergebnisse, und zwar sehr positive.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Gabsteiger (CSU))

– Herr Gabsteiger, hören Sie lieber zu, anstatt herumzuschreien.

95 % der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger sind inzwischen bei den Arbeitsämtern gemeldet. Sie können also in Arbeit vermittelt werden. Allerdings müsste sich dazu die Zahl der offenen Stellen erhöhen. Dabei sind wir gerade.

(Lachen bei der CSU)

Die EU-Kommission hat der Bundesregierung heute ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt, was ihre Reformen angeht.

(Thomas Kreuzer (CSU): 0,8 % Wachstum!)

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur dieses eine Problem in Angriff genommen, sondern auch ein anderes. Von der Senkung der Lohnnebenkosten ist schon die Rede gewesen. Sie verschweigen, dass im vergangenen Jahr 28 Millionen Bundesbürger von der Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenkasse profitiert haben. Noch in diesem Jahr wird es nicht nur eine Senkung um 0,9 % von Gesetzes wegen aufgrund der Herausnahme des Zahnersatzes aus den Versicherungsleistungen geben, sondern darüber hinaus hat eine Reihe von Krankenversicherungen angekündigt, die Beiträge zu senken. Das sind spürbare Entlastungen bei den Lohnnebenkosten und nicht etwa das, was Sie heute hier aufgetischt haben.

Herr Kollege Unterländer, durch eine Flexibilisierung – wie Sie es nennen – des Kündigungsschutzes entsteht kein neuer Arbeitsplatz. Was Sie im Grunde genommen wollen, ist eine Rechtslosstellung der Arbeitnehmer, mit der man keine Motivation schafft. Motivation schafft man, indem Unternehmer und Arbeitnehmer gemeinsam verantwortlich handeln. Motivation schafft man nicht, indem man wie Herr Ackermann sagt, wir müssen die Rendite steigern, weswegen wir Leute entlassen müssen. Eine solche Politik wird es mit uns nicht geben. Sie haben bisher keine Alternative aufgezeigt.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht können wir uns darauf verständigen, dass man dem Redner oder der Rednerin nicht ständig den Rücken zuwendet. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Rot-Grün schafft Arbeitsplätze.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Bravo!)

– Ich freue mich über Ihren Beifall. Die Frage ist nur: Wo schafft Rot-Grün Arbeitsplätze? – In Tschechien, in Polen, in der Slowakei, in China – eigentlich überall in der Welt, nur nicht in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind Exportweltmeister bei den Arbeitsplätzen geworden. Ich frage Sie: Ist das die Aufgabe der Regierung der Bundesrepublik Deutschland?

Nehmen wir die Energiepolitik. Die Liberalisierung des Strommarktes 1998 hat spürbar dazu beigetragen, dass wir in Deutschland günstigere Energiepreise bekommen haben. Im Monat hat man damals ungefähr 50 Euro bezahlt. Im Jahr 2000 ist der Betrag auf 41 Euro gesunken. Mittlerweile zahlt man für einen Drei-Personen-Haushalt 52 Euro im Monat. Woran liegt das? – Vertriebskosten, Stromerzeugungskosten und Ähnliches sind billiger geworden, aber wir zahlen immer mehr Steuern und Abgaben auf den Strompreis. Ökosteuer, Erneuerbare Energien Gesetz, Kraft-Wärme-Koppelungs-Gesetz, Stromsteuer und die Erhöhung der Konzessionsabgaben – diese Faktoren erhöhen heute den Energiepreis in Deutschland. 1998 haben wir mit der Stromrechnung zusammen 2,3 Milliarden Euro an staatlichen Abgaben gezahlt. Heute zahlen wir über 11,9 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung um nahezu 600 %.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, der Anteil des Windstroms soll beispielsweise bis 2015 nach dem Willen der Bundesregierung auf 20 % gesteigert werden. Dafür sind Investitionen von 17 Milliarden Euro notwendig. Bundeswirtschaftsminister Clement sagt, dass dann 4 Milliarden Euro höhere Einspeisevergütungen zu bezahlen sind. Mit Recht fragt der Bundeswirtschaftsminister: Können wir uns das noch leisten? Ihre Energiepolitik ist unsozial. Sie vernichtet Arbeitsplätze.

Es hilft nicht weiter, Unternehmen zu beschimpfen, wenn sie ihre Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, wo die Energiepreise deutlich günstiger sind. Deutschland hat nach Italien und Portugal die höchsten Strompreise in ganz Europa, und die Preise für andere Energieträger in Deutschland sind in Europa ebenfalls Spitze. Ich frage mich, wann der italienische Automobilverband beantragt, dass wir italienischen Touristen Benzingutscheine ausstellen, wie das früher für deutsche Touristen in Italien üblich war.

In Nordrhein-Westfalen erleben wir gerade ein fabelhaftes Beispiel dafür, wie Rot-Grün Energiepolitik macht. Es sollen neue Kraftwerke gebaut werden. Das ist vernünftig.

Vorgesehen sind Investitionen von 5 Milliarden Euro in Kraftwerke. 5000 neue Arbeitsplätze sollen entstehen. Aber da gibt es ein possierliches Tierchen, nämlich den Feldhamster. Der Feldhamster hat die Baue in diesem Gebiet verlassen. Aber dazu brauchen wir noch ein Gutachten. Wir müssen ein Verfahren anstrengen, und die Investitionen werden verzögert wie immer bei Rot-Grün. Arbeitsplätze – nein, danke, Investitionen – nein, danke.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Hallitzky hat vorhin behauptet, dass durch die erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Sie kennen wahrscheinlich nicht die Studie des Bremer Energieinstitutes, die im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes erstellt worden ist. In dieser Studie ist festgestellt worden, dass durch die Nutzung der Windenergie zwar ungefähr 40 000 Arbeitsplätze geschaffen worden sind, dass aber allein durch die Erhöhung der Energiepreise und den dadurch verursachten Kaufkraftentzug mehr Arbeitsplätze vernichtet werden, als neue geschaffen werden. Das Institut, das diese Studie erstellt hat, hat sicher nicht den Ruf, CSU-nah zu sein.

Wir brauchen eine Wende in der Energiepolitik. Der Konsens in der Energiepolitik muss auf drei Säulen ruhen: Umweltschonung, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Wir brauchen einen vernünftigen Energiemix von allen Energieträgern. Dazu gehören die erneuerbaren Energien genauso wie die konventionellen Energien. Gerade in Deutschland haben wir die Technik des Baus von Kernkraftwerken hoch entwickelt. Derzeit werden weltweit 42 Kernkraftwerke errichtet, 142 weitere sind in Planung. In China steht eine Versuchsanlage für einen Hochdruckreaktor, bei dem eine Katastrophe wie in Tschernobyl vollständig ausgeschlossen ist. Es handelt sich um eine in Deutschland entwickelte Technologie, die mittlerweile leider Gottes ins Ausland verkauft wurde.

(Margarete Bause (GRÜNE): Mit Atomkraft gegen Arbeitslosigkeit!)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat mit ihrer verfehlten Energiepolitik seit 1998 dem Wirtschaftsstandort Deutschland geschadet. Wir brauchen eine vernünftige Energiepolitik. Wir brauchen niedrige Strom- und Energiepreise. Ich kann Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, nur sagen, gehen Sie nach Hause und kümmern Sie sich zum Beispiel um das Paarungsverhalten der Feldhamster, aber überlassen Sie uns die Energiepolitik, weil wir wissen, wie wichtig sie für die Arbeitsplätze in Deutschland ist.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Bayer.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

– Frau Kollegin, ich würde Sie bitten, entweder Ihren Platz einzunehmen und Ihre Kommentare abzugeben oder den Saal zu verlassen. Bitte schön, Herr Dr. Beyer.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es überraschend, dass wir heute darüber sprechen, Arbeitsplätze schaffen zu wollen, aber weder Herr Kollege Dr. Bernhard noch mein geschätzter Vorredner, Graf von und zu Lerchenfeld, darauf eingehen, was einen Menschen antreibt, sich unternehmerisch zu betätigen. Warum tut das ein Mensch? – Weil er sich davon einen Gewinn verspricht. Er betätigt sich unternehmerisch, wenn er glaubt, dass das, was er produziert und was er anbietet, die Menschen interessiert und die Menschen dieses Produkt oder diese Dienstleistung kaufen. Geschätzter Herr Kollege Dr. Bernhard, erst dann fragt er, was es kostet, das herzustellen. Das vollzieht sich genau in dieser Reihenfolge.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Vor allem braucht er einen, der es kaufen kann!)

Sie haben vor dem Job-Gipfel 10 bis 66 Punkte aufgestellt. Es wurden im Laufe der Zeit immer mehr. Der Grundfehler Ihrer Punkte ist, dass Sie nicht bedenken, dass Sie die Menschen dazu bewegen müssen, nachzulegen. Ich spreche Herrn Kollegen von und zu Lerchenfeld an: Sie sind hier sicher der bestangezogene Kollege.

(Karin Radermacher (SPD): Jetzt übertreiben Sie aber!)

– Ich sagte „Kollege“! Sie kaufen aber auch nicht jede Woche einen neuen Anzug, weil Ihr Herrenausstatter den Preis senkt. Sie kaufen einen Anzug, weil sie ihn brauchen oder weil er Ihnen gefällt. Das ist der Markt. Das ist Angebot und Nachfrage. Sie laufen der Angebots-Theorie hinterher. Sie haben das bereits unter der Regierung Kohl-Waigel getan. Andere haben das nachgemacht. Langsam sollten wir aber merken, dass das der falsche Weg ist. Die Annahme, die Produktion müsste nur möglichst billig sein, dann werde es auch Abnehmer geben, ist falsch.

Ich habe am Samstagabend mit einer Journalistin aus Prag ein Gespräch geführt. Sie hat mir erzählt, in Prag werde das Gleiche gesagt, was der Graf soeben sagte. Die Tschechen sagen, dass sie billiger produzieren müssten, weil ihnen inzwischen die Arbeitsplätze wegbrächen. Da müsste es Ihnen eigentlich dämmern, dass das nicht der richtige Weg sein kann.

(Beifall bei der SPD)

Es gehört zum kleinen Einmaleins der Wirtschaft, dass eine Nachfrage erzeugt werden muss und dadurch die Produktion stimuliert wird. Über die Auslandsnachfrage können wir uns nicht beklagen. Wo sind aber die Impulse für die Binnennachfrage? – Wir wissen, die Steuern wurden gesenkt, die private Nachfrage wurde aber dadurch nicht angekurbelt.

Auch die Industrie investiert nicht. Ich erinnere an die Diskussion um die DAX-Unternehmen. Dort weiß man nicht, dass der Artikel 14 Grundgesetz neben einem Absatz 1 auch noch einen Absatz 2 hat, der sagt: „Eigentum ver-

pflichtet“. Die Wirtschaft sagt aber, wenn eine Rendite von 18 % möglich ist, schaffen wir eine Rendite von 20 % auch noch. Das schafft keine Arbeitsplätze.

Herr Kollege Herrmann, wir müssen auch darüber reden, wie wir öffentliche Investitionen auf den Weg bringen können. Da Sie diese Investitionen nicht auf den Weg bringen und auch nicht gewillt sind, sie auf den Weg zu bringen, haben Sie kein Recht, larmoyant die Arbeitslosigkeit zu beklagen.

Sehen Sie sich einmal die Auswirkungen des Nachtrags Haushalts und Ihrer Streichpolitik an. Ich zitiere aus dem Konjunkturbericht des Wirtschaftsministeriums, von dem heute kein Vertreter anwesend ist. Herr Kollege Dr. Bernhard, ich halte es für sehr aufschlussreich, dass bei einer Aktuellen Stunde zum Thema „Arbeitslosigkeit in Bayern“ die Regierungsbank auf dieser Seite leer ist. Nicht einmal Herr Staatssekretär Spitzner ist da. Im Konjunkturbericht Bayern ist unter dem Stichwort „Deutlicher Einbruch der Baunachfrage“ ausgeführt:

Der Auftragseingang im bayerischen Baugewerbe nahm im vierten Quartal 2004 im Vergleich zu dem entsprechenden Vorjahreszeitraum deutlich ab, nämlich um minus 15,2 %.

Diese Abnahme ist stärker als beim Bund, wo sie bei minus 5,6 % lag.

In den einzelnen Monaten – jetzt sollten Sie genau zuhören – war die Entwicklung wie folgt: im Oktober minus 12,2 %, im November minus 23,1 % und im Dezember minus 10,2 %. Im Jahresdurchschnitt 2004 war die Baunachfrage um minus 10 % rückläufig, doppelt so hoch wie in Deutschland.

Das ist der Beitrag der Staatsregierung und der CSU. Sie verhindern durch ihren unvernünftigen Streichkurs Investitionen. Sie verhindern Nachfrage. Sie verhindern Investitionen, die die Lebenschancen der Menschen erhöhen würden.

(Beifall bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Sie sparen Bayern kaputt!)

Sie verhindern Perspektiven für das Wachstum in Bayern. Sie fragen, wie wir das finanzieren sollen. Ich höre von Ihnen keine Finanzierungsvorschläge. Herr Kollege Dr. Bernhard hat interessanterweise nur vom „Stabilitätspakt“ gesprochen. Das kommt daher, weil Sie das Wort „Wachstum“ dort immer nur als Etikettenschwindel benutzt haben. Jetzt wehren Sie sich dagegen, dass auch der zweite Namensbestandteil des Stabilitäts- und Wachstumspaktes berücksichtigt werden soll. Ich sage Ihnen dazu, nach meiner Information haben das alle Regierungschefs, auch Herr Schlüssel, beschlossen.

Ich sehe bei Ihnen keine Bereitschaft, haushaltsrechtlich sinnvoll zu handeln. Sie sind nicht bereit, Investitionen in Bildung als haushaltsrechtliche Investition anzusehen. Wer sich dem verschließt, hat kein Recht, über die Zukunft zu reden.

(Beifall bei der CSU)

Die Autobahndirektion Süd hat die Ausschreibung der A 8 nicht hingekriegt, weil sie das Einmaleins des PPP nicht beherrscht. Das zeigt, dass die Regierung in Bayern nicht in der Lage ist, Chancen zu erkennen.

Am 13. Juli 2004 hat Ihnen der Bayerische Städtetag eins zu eins erklärt, was nötig ist, um Partnerschaften zwischen Öffentlichen und Privaten möglich zu machen. Bereits im Februar 2005 haben Sie einen Antrag gestellt, genau dies bis zum 30. Juni ermitteln zu lassen. Das ist der Kurs der Staatsregierung und der CSU: Sie verhindern und verschleppen Investitionen. Sie verhindern, dass in Bayern Geld investiert wird. Machen Sie Ihre Hausaufgaben. Tun Sie etwas für die Menschen in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dodel.

Renate Dodel (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bewältigung von Krisen und der globale Wettbewerb um Investitionen, Arbeitsplätze und Wohlstand zwingen uns zu beständigen Innovationen. Das Land, das hier den Anschluss verliert, wird schnell zum technologischen Entwicklungsland. Um dieser Falle zu entgehen, muss – allen voran von der Bundesregierung – nachhaltig und kräftig in Forschung und Wissenschaft investiert werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur so können wir Arbeitsplätze schaffen. Herr Kollege Wahnschaffe, Sie haben gesagt, wir sollten die Bundesregierung nicht schlecht reden. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Wir reden die Bundesregierung nicht schlecht; sie ist schlecht.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Das ist eine Tatsache. Nach sieben Jahren sehen wir die Entwicklung, dass Arbeitsplätze verloren gehen. Diese Arbeitsplätze vernichten Sie mit Ihrer rot-grünen Ideologie. Das ist Faktum.

Was tut Rot-Grün? – Sie versprechen, die Investitionen für Forschung und Bildung in fünf Jahren zu verdoppeln. Dieses Versprechen haben Sie zu keinem Zeitpunkt eingehalten.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Was sagen Sie zum Mittelstraß-Bericht? Schauen Sie einmal ins eigene Land!)

Herr Kollege Hallitzky hat heute behauptet, die GRÜNEN seien die Modernisierer. Ich sage Ihnen: Sie verabschieden Deutschland aus den wichtigsten Forschungsbereichen. Das ist vor allem auf den Einfluss des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der von der SPD geduldet wird, zurückzuführen. Der SPD dämmert erst jetzt die Brisanz dieser Ideologie. Ich nenne als Beispiel die Kernenergieforschung. Ihre Kollegin Künast lehnt die grüne Gentechnik ab. Sie verabschieden sich aus der europäischen Raumfahrt und der Fusionsforschung. Sie setzen die Technologie des Transrapid nur halbherzig um. Wir werden deshalb auch in diesem Bereich im internationalen Wettbewerb bald das Schlusslicht sein.

Junge Wissenschaftler gehen ins Ausland; Arbeitsplätze gehen verloren. Wer nur einen Horizont hat, der von der Biokartoffel bis zum Windkraftrad reicht, wird nicht in der Lage sein, die Spitzentechnologie für sich zu nutzen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir keine Innovationen haben, können wir auch keine neuen Arbeitsplätze bekommen. Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, endlich eine effektive Innovationsförderung aus einem Guss mit möglichst wenig bürokratischen Hemmnissen auf den Weg zu bringen.

Aber nein, das geschieht nicht. Wir haben ein Defizit hoch fünf. Sie gehen den anderen Weg: Sie schaffen zusätzliche Belastungen und Behinderungen. Ich nenne als Beispiele das Antidiskriminierungsgesetz, das Informationsfreiheitsgesetz, das Energierecht und das Chemikalienrecht. Das sind alles draufgesattelte Wunschvorstellungen in Verkennung der wirtschaftspolitischen Realitäten. So werden wir keine Innovationen hervorbringen, die neue Arbeitsplätze schaffen. Defizite in der Spitzenforschung und fehlende Innovationen vernichten Arbeitsplätze, statt neue zu schaffen. Damit muss endlich Schluss sein.

Wir in Bayern – das ist ein probater Lösungsansatz, Herr Kollege Dr. Kaiser –

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Ihr kürzt die Mittel!)

investieren ganz gezielt und bewusst in einen international erstrangigen Standort für Wissenschaft und Forschung.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Viel zu wenig! Schauen Sie sich die Zahlen an! Sie haben heute ein Armutszeugnis bekommen!)

Schauen Sie sich die Zahlen im neuen Doppelhaushalt an. Sie sehen, dass allein im Hochschulhaushalt in diesen beiden Jahren eine Steigerung von 7,2 % zu verzeichnen ist.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Noch nicht gelesen!)

Deshalb sind wir ein entscheidender Impulsgeber für Innovation und Fortschritt. Wenn Sie tagtäglich die Zeitung, die Presse verfolgen, wissen Sie: Bayern ist nachhaltig dabei, den Wissenschaftsstandort zu stärken und auszubauen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Eben nicht!)

Ich nenne Ihnen einige Beispiele: Der Forschungsreaktor in Garching wurde von Ihrem grünen Umweltminister lange Zeit torpediert. Wir haben ihn durchgesetzt und schaffen damit Arbeitsplätze. Ich nenne das Center for Nano Science in München. Ich nenne das Gen- und Biotechnologische Zentrum in Martinsried. Sie verteufeln all diese Technologien. Wir setzen sie durch und schaffen damit Arbeitsplätze und somit auch einen leistungs- und wettbewerbsfähigen Standort.

Ich kann Ihnen deshalb nur empfehlen, ihre rot-grünen Scheuklappen endlich abzulegen und in diese Spitzen-

technologien zu investieren, sie möglich zu machen und damit auch die Grundlage für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Mit Ihrem Weg wird das nicht gelingen, meine Damen und Herren. Folgen Sie unserem Beispiel!

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Steiger. Bitte schön.

Christa Steiger (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Frau Dodell, ich beginne mit Ihrem letzten Satz. Sie haben uns aufgefordert: Folgen Sie unserem Beispiel. – Wohin bitte schön?

(Beifall bei der SPD)

Im Bereich Forschung und Entwicklung beispielsweise ist für Bayern heute nicht gerade der beste Tag. Anscheinend haben Sie die billige Polemik Ihres ersten Redners, Herrn Dr. Bernhard, aufgegriffen und eine gehörige Portion Autismus an den Tag gelegt, denn sonst hätten Sie die Anhörung zum Antidiskriminierungsgesetz eigentlich registrieren müssen.

Lassen Sie uns aber die Blickrichtung doch einmal nach Bayern lenken, denn Ihr dauerndes Herumflattern um Begriffe wie global und in Berlin bringt uns nicht weiter. Zur Umsetzung der Agenda 2010 in und für Bayern gehören auch bayerische Eigenleistungen. Hierzu stehen Sie in Regierungsverantwortung. Lassen Sie mich ein paar Punkte aufzählen.

Punkt eins: der Bereich Wachstum. Was machen Sie? – Haushaltskürzungen, die dann keine Investitionen nach sich ziehen. Dadurch ist keine Binnennachfrage vorhanden. Bei den Investitionen im öffentlichen Bereich geht so gut wie gar nichts mehr. Wenn es nicht die IZBB-Mittel aus Berlin gäbe, ginge da gar nichts mehr.

Ich will Ihnen vorlesen, was ein CSU-Bürgermeister Hilfe suchend an den bayerischen Finanzminister geschrieben hat. Er will nämlich eine neue Schulturnhalle bauen lassen; er muss sie bauen lassen. Er schreibt, dass das das einzige Hochbauprojekt im Landkreis Kronach ist, das für 2005 angemeldet ist. In der fast sechzigjährigen Geschichte dieses Landkreises ist es noch nie vorgekommen, dass nur eine Anmeldung vorgelegt worden ist. – Daran liegt es doch. Die Bauwirtschaft ist so stark zusammengebrochen, dass es in genau demselben Landkreis erstmalig noch nicht einmal dazu gekommen ist, eine Klasse für Maurerlehrlinge zu bilden. Das ist Ihre Politik für Wachstum in Bayern.

(Sebastian Freiherr von Rotenhan (CSU): Haben sie nicht einen SPD-Landrat?)

– Das ist ein CSU-Bürgermeister, Herr von Rotenhan; ich kann Ihnen gerne einen Termin vermitteln.

Punkt zwei: die so genannte Verwaltungsreform. Hier kommt es zu einem gewaltigen Stellenabbau von mindestens 12 000 Arbeitsplätzen. Das bedeutet Verunsicherung der betroffenen Menschen. Wer verunsichert ist, investiert

nicht. Es entsteht auch keine Binnennachfrage, und damit geht Kaufkraft verloren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Punkt drei: die regionale Politik in Bayern. Wir haben Regionen wie die Oberpfalz, Mittelfranken und Oberfranken mit Arbeitslosenzahlen von über 10 %. Das heißt: Ihre regionale Strukturpolitik, Ihre Landesentwicklungspolitik, Herr Schmid und Herr Herrmann, wird dem Problem nicht gerecht. Das bedeutet, dass Sie nicht für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu noch ein Beispiel aus Oberfranken, weil gerade Frau Dodell ihren Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung gelegt hat. In Oberfranken gibt es zum Beispiel keine einzige außeruniversitäre Forschungseinrichtung. Das beklagen wir seit Jahren.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Diesbezügliche Anträge sind von Ihrer Mehrheit im Landtag jedes Mal abgelehnt worden.

(Zuruf von der CSU)

Ich nenne als weiteres Beispiel Hof. Die Ankündigung eines Automobil-Zuliefererparks mit hunderten von Arbeitsplätzen hat dazu geführt, dass wir zwei Jahre nach der großartigen Einweihung dort gerade einmal 75 Arbeitsplätze haben. Das stärkt keine Region. Sicherlich sind 75 Arbeitsplätze besser als nichts; aber damit bekämpfen wir nicht die hohe Arbeitslosigkeit in der Region.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Versprochen und gebrochen! Große Ankündigungen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu Punkt vier und werfe einen Blick auf die März-Zahlen der Arbeitsmarktstatistik, Herr Herrmann. Ich vergleiche die Zahlen des März 2005 mit jenen des März 2004 und vergleiche den Bund und Bayern. In Bayern haben wir – natürlich auch aufgrund der neuen Berechnungen – im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme der Arbeitslosenzahl von 16,2 %, in der Bundesrepublik Deutschland von 12,1 %. Bei den gemeldeten Stellen haben wir in Bayern eine Zunahme von 12,5 % in Deutschland von 17,7 %. Wir haben in Bayern einen Anteil der jüngeren Arbeitslosen unter 25 Jahre von 14,6 %, in der Bundesrepublik Deutschland von 12,8 %. Bei den über 55-jährigen haben wir in Bayern einen Anteil von 12,9 %, in Deutschland von 11,3 %. Hier liegen Ihre Hausaufgaben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das sind nämlich Zahlen, die beweisen, dass in Bayern gewaltiger Handlungsbedarf vorhanden ist. Ich sage Ihnen: Die bildungspolitische Diskussion, die Sie im Moment führen, wird die Entwicklung noch verschärfen; noch mehr werden draußen vor der Tür stehen. Wir brauchen eine deutlich bessere Förderung unserer jungen Menschen, damit sie und Bayern eine Zukunft haben. Das

haben Sie zu erledigen, statt ständig nach Berlin zu schie-len.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wort-meldung: Herr Kollege Pschierer. Bitte schön, Herr Kolle-ge.

Franz Josef Pschierer (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kol-leginnen, liebe Kollegen! Bei den Rednerinnen und Red-neren der Opposition konnte man das Gefühl haben, dass nicht nach dem Prinzip Verantwortung, sondern nach dem Prinzip Hoffnung gelebt wird. Damit das eine oder andere wieder klargestellt wird, kehren wir zu den Fakten zurück.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

– Herr Wahnschaffe, seit knapp sieben Jahren trägt Rot-Grün in der Bundesrepublik Deutschland Verantwortung für die Politik. Ich nenne Ihnen das Ergebnis dieser Politik. Das Institut der Deutschen Wirtschaft untersuchte welt-weit 145 Standorte. Die Bundesrepublik Deutschland liegt auf Platz 24 nach Südkorea und vor Botswana. – Das ist Ihre Politik. 5,2 Millionen Arbeitslose! – Da erdreistet sich Kollege Hallitzky, hier zu sagen: Das nennt sich aktivieren-de Arbeitsmarktpolitik.

5,2 Millionen Arbeitslose!

(Zuruf von den GRÜNEN: Und 4,8 Millionen bei Kohl ohne Hartz IV!)

Das Frechste, was ich jemals erlebt habe, war, dass Ihr Bundeswirtschaftsminister den Rückgang um 41 000 Ar-beitslose auf 5,176 Millionen als Trendwende erklärt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Und ihr habt es 1998 mit ABM-Maßnahmen gemacht!)

Der gute Mann war über Ostern beim Schifahren in Öster-reich. Da hätte er das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden und einmal schauen können, wie man Arbeits-marktpolitik macht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte es für eine Un-verschämtheit, hier angesichts solcher Zahlen und Fakten als bayerische Sozialdemokraten und als bayerische GRÜNE die Politik von Rot-Grün in Berlin noch zu vertei-digen.

Schauen Sie sich die EU-weiten Zahlen an.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Und was machen Sie in Oberfranken, Herr Pschierer?)

Sie haben heute früh die Zahlen der EU-Kommission be-kommen. Die EU-Kommission hat die Wachstumsprog-nose für die Bundesrepublik Deutschland von 1,5 % auf 0,8 % halbiert.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und das freut Sie auch noch!)

– Nein, Frau Kollegin, das freut mich nicht. Das stimmt mich tief traurig und auch tief nachdenklich, weil ich leider Gottes nicht erkenne, dass Sie irgendwelche Ansätze un-ternehmen, damit sich das Ganze zum Besseren wendet. Stellen Sie sich einmal vor, was Sie machen. Angesichts solcher Zahlen malen Sie das Ganze noch mit rosa Farben an. Ich hätte noch Verständnis, wenn Sie sagen würden, in den letzten Jahren ist manches schief gelaufen, lasst uns gemeinsam versuchen, ein paar Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Wir stehen hier nicht abseits. Sie haben aber nicht den Mut, bestimmte Maßnahmen umzusetzen. Beim Wirtschaftswachstum haben Sie die längste Stagnation in der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind Schlusslicht in Europa. Kapiieren Sie das doch endlich einmal.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer ist denn „Sie“?)

Sie verfehlen seit drei Jahren kontinuierlich das Maastricht-Kriterium, und zwar sowohl die 3 % bei der Neuverschul-dung wie auch die 60 % bei der Staatsverschuldung. Sie laufen permanent unter der Hürde durch. Wenn Sie die Hürde unterlaufen haben, sagen Sie, das sei kein Pro-blem, denn Sie legen den Stab einfach wieder eine Etage tiefer. Der Stab liegt aber schon so weit unten, dass wir am Boden sind. Deshalb bitte ich Sie, betreiben Sie eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik nicht so, wie Sie, Herr Kollege Hallitzky, es beschrieben haben.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Und wie haben Sie unsere Arbeitsplätze in Bayern abgebaut?)

– Herr Kollege Wahnschaffe, wir haben in der Bundesre-publik Deutschland derzeit 82 Millionen Menschen. Wir haben aber gerade einmal 26 Millionen sozialversiche-rungspflichtig Beschäftigte. Diese sollen das komplette Sozialversicherungssystem finanzieren. Ihnen sind dabei nur PSA eingefallen. Das muss man erst einmal überset-zen: Personal-Service-Agenturen, Mini-Jobs, Ich-AGs und vieles andere mehr.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wer hat denn 1989 die Fehler gemacht?)

– Ihre Lautstärke hat nichts mit Qualität zu tun.

Kollegin Dodell hat die Technologiepolitik angedeutet. Wo sind wir denn noch Spitzenführer? Sie haben es bei der Kernenergie geschafft, dass zwar weltweit 145 Kernkraft-werke geplant und über 40 gebaut werden. Da spielen wir aber keine Rolle mehr.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Zum Glück!)

Beim Forschungsreaktor Garching erinnere ich mich noch an Formulierungen der SPD-Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN: In Garching brauchen wir keinen Forschungs-reaktor, das gleiche Ding steht in Grenoble, dort sollen unsere Studenten hinfahren. Ich habe Ihnen damals ge-sagt, wenn erst einmal die Studenten dorthin fahren, dann fahren demnächst auch die Unternehmer dorthin.

Zur Automobilindustrie. Ihr Kanzler kommt doch aus einem Bundesland – –

(Zurufe von der SPD)

Er ist doch der VW-Kanzler. Er hätte doch sowohl als Ministerpräsident als auch als Bundeskanzler die Möglichkeit gehabt, bei der Führerschaft in der Dieselsechnologie und auf anderen Gebieten etwas voranzutreiben. Was hat er gemacht? Bei Herrn Piech, bei Herrn Lopez und bei anderen ist er eingeknickt.

(Beifall bei der CSU)

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung gehen zurück. Vorhin hat eine Kollegin gesagt, wir sollten hier nicht nur jammern und schimpfen, sondern wir sollten auch sagen, was zu tun wäre. Ich sage Ihnen, was zu tun wäre. Fangen Sie beim Steuerrecht an. Zum Steuerrecht hat vorhin einer der Kollegen gesagt, es sei schlimm, was Herr Ackermann von der Deutschen Bank gesagt hat.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Die Spitzensteuersätze sind so niedrig wie nie zuvor!)

Wer hat denn die Steuererleichterungen für die Großkonzerne und die Aktiengesellschaften bei der ersten Stufe der Steuerreform durchgesetzt? Das waren doch nicht wir, das waren Sie. Wir liegen bei den AGs nach wie vor im Spitzenfeld, nämlich bei 40%.

(Susann Biedefeld (SPD): Die höchsten Steuersätze hatten wir am Ende der Kohl-Ära!)

Wir liegen bei den Personengesellschaften bei über 45 %. Jetzt betreiben Sie wieder eine Steuerpolitik in erster Linie zugunsten der Großkonzerne, der AGs und der Körperschaften.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Sind die Steuersätze nun zu hoch oder zu niedrig?)

– Herr Kollege Kaiser, das ist gar keine Frage. Im internationalen Wettbewerb spielt die Körperschaftsteuer eine große entscheidende Rolle. Unsere Volkswirtschaft – auch die bayerische – lebt aber nicht nur von Aktiengesellschaften. Sie lebt von den Millionen kleiner und mittelständischer Betriebe. Für die brauchen wir eine vernünftige Steuerpolitik, die auch unsere Personengesellschaften entlastet.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Für Kirch und Co. und Eon!)

Ich komme zum Thema Bürokratie. Die Bundesregierung schafft es, bei 5,2 Millionen Arbeitslosen über ein Antidiskriminierungsgesetz zu diskutieren. Vor zwei Jahren war die Ausbildungsplatzabgabe das Thema. Alle diese Themen haben die Wirtschaft verunsichert.

(Zuruf von den GRÜNEN: Blödsinn!)

Deshalb zum Abschluss ein schönes Zitat, welches ich in einer Wirtschaftszeitung gelesen haben: „Deutschland braucht Mut, Ideen und Visionen.“ Ich vermisse bei Ihnen alles drei. Allein die Tatsache, dass die Restlaufzeit dieser Bundesregierung in Berlin jeden Tag ein Stück kleiner wird, stimmt mich tröstlich.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Kaiser.

(Unruhe)

Die Sitzung ist noch nicht geschlossen. Die Staatsregierung hat sich auch noch zu Wort gemeldet.

Dr. Heinz Kaiser (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Pschierer, Sie haben gerade ausgeführt, uns fehlten Mut, Ideen und Visionen. Das haben wir bei Ihnen vermisst. Außer Kritik, Madigmachen und Herunterreden haben Sie nichts anderes gesagt. Alle Sprecher der CSU haben an diesem Rednerpult nur Kritik geübt und unseren Standort schlecht geredet. Sie haben in Schwarz gemalt. Wo sind denn Ihre Visionen für unser Land? Fehlanzeige! Sie zeigen immer nur auf uns, meine Damen und Herren.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Kündigungsschutz!)

Ich finde es interessant, dass die Staatsregierung erst zum Abschluss der Debatte spricht. Wir haben heute wieder festgestellt, dass die CSU ihre alte Strategie, die sie schon seit über 30 Jahren fährt, wiederholt. Wenn sie in der Opposition ist, redet sie alles schlecht. Der Karren muss aus ihrer Sicht noch tiefer in den Dreck fahren, damit Sie dann die Wahlen gewinnen und die Macht erlangen können.

Die heutige Diskussion war keine Standortdiskussion und keine wirtschaftspolitische Diskussion. Sie war keine Arbeitsmarktdiskussion, sondern es ging Ihnen nur darum, weitere Mosaiksteine zu setzen, alles schlecht zu reden und die Macht in Berlin zu erreichen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Es ging nicht um Menschen, sondern nur um Macht!)

Ich nenne nur einige wenige Beispiele. Graf von und zu Lerchenfeld sagte, wir seien Exportweltmeister bei den Arbeitsplätzen. Wir sind Exportweltmeister bei Waren und bei Dienstleistungen in unserem Land.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Trotz Kündigungsschutzes!)

Herr Kollege Pschierer, Sie hätten darüber reden sollen, dass Bayerns Industrie im Jahr 2004 den Export um 12,8 % gesteigert hat. 12,8 % Exportsteigerung hatten wir in einem Jahr. Sie reden aber vom Exportweltmeister

bei den Arbeitsplätzen. Wir haben einen hervorragenden Standort.

(Franz Josef Pschierer (CSU): In Bayern ja!)

Sie widersprechen sich in einem Satz. Sie sagen, wir würden nur für die Großen eine Steuerpolitik machen. Sie kritisieren das. Im nächsten Halbsatz sagen Sie, die Steuersätze für die Aktiengesellschaften usw. seien im internationalen Vergleich viel zu hoch. Was stimmt denn jetzt eigentlich? Sie vergaloppieren sich in Ihrer Kritik. Nehmen Sie bitte einmal zur Kenntnis, dass wir in der Einkommensteuer einen Spitzensteuersatz von 53 % hatten, als wir 1998 die Regierung übernommen haben. Heute haben wir einen von 42 %. Das müssen Sie bitte zur Kenntnis nehmen. Der Mittelständler, der Einkommensteuer bezahlt, weil er keine Kapitalgesellschaft hat, kann von den 42 % Einkommensteuer noch die Gewerbesteuer abziehen. Vorher kam die zu den 53 % noch hinzu. Das müssen Sie doch bitte zur Kenntnis nehmen. Reden Sie unseren Standort doch nicht ständig herunter.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Presse zitiert. Ich kann mich auch auf die Presse berufen. Lesen Sie eigentlich gar nicht die Zeitung? Nehmen Sie das gar nicht zur Kenntnis? Ich habe ganz willkürlich ein paar Presseartikel aus meinem Archiv herausgezogen. In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 26. Juni 2004 steht ein Interview mit Thomas Limberger, dem Deutschlandchef von General Electric.

„Deutschland ist besser als sein Ruf.“ Das ist ein wörtliches Zitat des Statthalters von General Electric über einen geschmähten Standort, den Jobexport und Patriotismus in der Wirtschaft.

Dann haben Sie einfach eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft herausgegriffen. Ich habe hier eine ausländische Studie, nämlich von World Economic Forum im „Handelsblatt“, das kein Organ ist, das uns nahe steht. Darin heißt es: „Deutschland ist einer der besten Standorte der Welt.“ Dem World Economic Forum zufolge ist Deutschland eines der zehn Länder mit der weltweit höchsten Wettbewerbsfähigkeit. Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis.

„DIE WELT“ vom 23. Februar 2005 schreibt:

Deutschland lockt. Vor allem US-Investoren entdecken den Standort wieder wegen der Reformen und Renditechancen.

Was wollen Sie eigentlich mehr?

Für die Manager der weltgrößten Kapitalbeteiligungsgesellschaften ist Deutschland ungeachtet der Negativschlagzeilen über steigende Arbeitslosenzahlen und hohe Steuern am Standort, an dem sich in den vergangenen Jahren höhere Renditen erzielen ließen als in den Vereinigten Staaten ... Selbst bei der Produktivität hat Deutschland im Vergleich zu Amerika aufgeholt.

Am 17. März 2005 schreibt der „Münchner Merkur“:

Der unterschätzte Standort

Firmen aus aller Welt setzen auf Deutschland. Vorteile werden hierzulande unter den Teppich gekehrt.

Jawohl, Sie kehren die Vorteile unseres Standortes unter den Teppich, Sie reden den Standort schlecht.

(Zustimmung bei der SPD)

Im Ausland wird unser Standort weitaus besser gesehen als im Inland. Warum? – Weil Sie die Schwierigkeiten herbeireden.

Natürlich haben wir auch Schwierigkeiten; das will ich gar nicht bestreiten. 5,2 Millionen Arbeitslose mit den Sozialhilfeempfängern, die wir in den Arbeitsmarkt überhaupt erst einmal hineingeholt haben, sind eine bedrückende Zahl. Ich wundere mich aber über eines, Herr Kollege Pschierer und die anderen Redner der CSU: Sie haben in all Ihren Ausführungen kein einziges Wort über die Ursachen dieser Schwierigkeiten verloren, kein Wort darüber, worauf sie zurückzuführen sind.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Richtig!)

Sie sind nämlich auf die Wiedervereinigung unseres Landes und die falsche Finanzierung, die Sie durchgeführt haben, zurückzuführen, und auch auf unsere Lasten in Europa.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der CSU, Sie sprechen davon, dass wir in Europa das Schlusslicht wären. Dann sagen Sie bitte auch, wer Maggie Thatcher erlaubt hat, sich jedes Jahr 5 Milliarden Euro Zuschuss an Europa zu sparen. Helmut Kohl und Theo Waigel haben zugestimmt, als sie gerufen hat: „I want my money back“. Jetzt holen uns die Sünden der verfehlten Politik von Schwarz-Gelb während 16 Jahren ein. Nicht Rot-Grün ist dafür verantwortlich, sondern wir tun unser Bestes, um aus dieser Situation herauszukommen. Wir wollen unseren Standort gut reden, ihn positiv darstellen und die Menschen dazu animieren, zu konsumieren, und die Unternehmer dazu, zu investieren. Nur gemeinsam können wir es schaffen, die Arbeitslosigkeit zu drücken. Das gelingt nicht mit Aktuellen Stunden wie jener von heute Nachmittag, in der alles schlecht geredet wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nun darf ich Frau Staatsministerin Stewens für die Staatsregierung das Wort erteilen. Bitte, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es jetzt wirklich kurz. Herr Kollege Kaiser, Ihre ganzen

Bemühungen, auch Ihre Versuche, den Standort gut zu reden, nützen offensichtlich überhaupt nichts.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Schönreden bringt uns bei dieser hohen Arbeitslosigkeit überhaupt nicht weiter. Wir haben in der Bundesrepublik die höchste Arbeitslosigkeit seit Kriegsende. Ich gebe zu – das ist gar keine Frage –, dass dazu auch die Altlasten des Kommunismus, die Globalisierung und der internationale Wettbewerb beitragen. Wir haben aber in Deutschland die höchsten Lohnnebenkosten der Welt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser (SPD))

Wir brauchen also dringend Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wir reden unseren Standort mit Sicherheit nicht kaputt.

(Zurufe von der SPD: Doch!)

Wir machen hier eine sehr gute Investitionspolitik, eine gute Bildungspolitik, eine gute Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik, auch eine ausgesprochen gute Haushaltspolitik.

(Zahlreiche Zurufe von der SPD – Unruhe)

Unter den Bundesländern hat Bayern im Jahr 2004 mit 2,3 % das höchste Wirtschaftswachstum, während es in Deutschland 1,6 % betrug. Wir haben nun einmal zusammen mit Baden-Württemberg die niedrigsten Arbeitslosenquoten in Deutschland, weil wir in Bayern eine gute Politik, auch eine gute Investitions-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik machen. Auch darauf möchte ich hinweisen.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Sie müssen schlicht und einfach sehen, dass die Bundesregierung auch für die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland in der Verantwortung steht. Zu den 5 176 000 arbeitslosen Menschen müssen wir noch die 2 Millionen hinzurechnen, die sich nicht arbeitslos melden; Sie kennen das, das ist die stille Reserve.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Die gab es vorher auch schon!)

– Die gab es sicher vorher auch schon, aber die Zahl war nicht so groß. Die Zahlen wachsen ständig an, Herr Kollege Kaiser, und das ist der ganz große Unterschied.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser (SPD))

Diesen Zahlen stehen die Versprechungen der Bundesregierung gegenüber. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie Bundeskanzler Schröder und Peter Hartz vor zweieinhalb Jahren im Französischen Dom das Hartz-Konzept vorgestellt haben. Da wurde gesagt: In drei Jahren wird die Zahl der Arbeitslosen um zwei Millionen reduziert sein. Die drei Jahre sind im August dieses Jahres vorbei. Pustekuchen! Die Arbeitslosenzahlen steigen, steigen und steigen. Lediglich in Bayern haben wir eine Zu-

nahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. In Deutschland aber hatten wir in den letzten zwei Jahren eine Abnahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse um fast eine Million.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das haben wir auch in Bayern seit Jahren!)

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen, weil vorhin Hartz IV und vom Kollegen Pschierer die Personalserviceagenturen angesprochen wurden. Frau Kollegin Gote, dafür ist natürlich die rot-grüne Bundesregierung verantwortlich. Wissen Sie, welche Kosten bislang bei der BA für einen von den Personalserviceagenturen erfolgreich Vermittelten angefallen sind? – Dafür sind Kosten von 22 000 Euro angefallen. Nur bei 33 % der PSA-Beschäftigten wurde das Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt erreicht.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Was wollen Sie mit den Zahlen sagen?)

22 000 Euro pro erfolgreich Vermitteltem! Daran sehen Sie, was hier Geld zum Fenster hinausgeworfen wird.

Jetzt komme ich zum nächsten Problem. Herr Kollege Wahnschaffe, wissen Sie, wofür wir damals gekämpft haben? Das hat übrigens auch Peter Hartz für die Personalserviceagenturen vorgeschlagen: eben nicht „equal pay“ und „equal treatment“, sondern wir haben vorgeschlagen, dass sie eine andere Behandlung und eine andere Bezahlung bekommen. Die gesamten Hartz-Reformen schaffen keine neuen Arbeitsplätze. Wir brauchen dringend Reformen im Arbeitsrecht. Dagegen sperrt sich die Bundesregierung. Das ist das ganz große Problem, das wir in Deutschland haben. Wir brauchen natürlich auch Reformen bei den Lohnnebenkosten und in der Sozialversicherung. Die Lösungen, die Sie sich vorstellen, gehen völlig an der Überlegung vorbei, dass die Beiträge zu den Sozialversicherungen vom Arbeitslohn abgekoppelt werden müssen. Sie gehen völlig an der Überlegung vorbei, was auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich effektiv wäre. Was wir wirklich benötigen, ist eine Flexibilisierung des Arbeitsrechtes. Nur dann kann die Wirtschaft wieder atmen und neue Arbeitsplätze schaffen. Sie klammern sich an der Hoffnung fest, dass mit Hartz IV neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Da werden Sie noch lange hoffen können, und Deutschland wird trauern, und die Arbeitslosenzahlen werden weiter steigen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen und auch die heutige Sitzung. Ich danke allen, die bis zum Schluss dageblieben sind bzw. wieder gekommen sind.

(Schluss: 18.28 Uhr)